

# DISKURS

STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE  
UND POLITIK DES SOZIALISMUS. HEFT 3



KLAUS KINNER

»Die Verlorene Zukunft«

SKIZZEN ZU EINER GESCHICHTE DES  
DEUTSCHEN KOMMUNISMUS

*DISKURS*

STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE  
UND POLITIK DES SOZIALISMUS

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.  
herausgegeben von  
Klaus Kinner, Wolfgang Scheler und Ernst Wurl

HEFT 3

KLAUS KINNER

»*DIE VERLORENE ZUKUNFT*«

SKIZZEN ZUR EINER GESCHICHTE DES  
DEUTSCHEN KOMMUNISMUS

## INHALT

- Prolegomena zu einer Geschichte des deutschen Kommunismus* (3)
- I. »Wenn unser Leben dazu ausreicht, es dahin zu bringen«. *Das konstitutive Selbstverständnis des deutschen Parteikommunismus* (10)
- II. *Die ungeliebte Republik: Die deutschen Kommunisten und die Entstehung der Weimarer Republik* (13)
- III. *Der deutsche Oktober 1923: Voraussetzungen und Bedingungen* (17)
- IV. »Thälmann und Thälmann vor allen ...«. *Die Legende von der Herausbildung eines leninistischen Zentralkomitee der KPD* (22)
- V. *Chancen für eine linke Realpolitik: Die KPD in den Jahren 1925 bis 1928* (27)
- VI. *Die letzte Wende der KPD: Das Ende des eigenständigen deutschen Parteikommunismus 1928/1929* (32)
- VII. *Der Sturz in die Krise: Die KPD und die Weltwirtschaftskrise* (41)
- VIII. »Pflanzt einen Ziegelstein auf ihren Weihnachtsbaum«:  
*Zwischen Avantgardismus und proletarischer Fundamentalopposition. Die KPD Anfang der dreißiger Jahre* (44)
- IX. *Der desorientierte Antifaschismus: Die KPD auf der Suche nach dem Hauptfeind* (48)
- X. *Der rot-braune Volksentscheid: Die KPD 1931: Zwischen Massenpolitik und Selbstdemontage* (53)
- XI. *Den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie: Die »ideologische Offensive« ins Abseits* (58)
- XII. *Im Wettlauf um die Macht: Illusion und Realität in der Politik der KPD am Ende der Weimarer Republik* (63)

## *Prolegomena zu einer Geschichte des deutschen Kommunismus*

Am Ende des »kurzen 20. Jahrhunderts«, das als »Jahrhundert der Extreme«, der Krisen und der Kriege in die Geschichte eingehen wird, stellt sich die Frage nach den die Geschichte dieses Jahrhunderts bewegenden Kräften neu.<sup>1</sup> Wenngleich der Blick in das kommende Jahrhundert durch mannigfache Unwägbarkeiten verstellt ist, scheint eines deutlich: Das blutige, dem Mittelalter das Attribut finster streitig machende 20. Jahrhundert kann in der Menschheitsgeschichte eine Sonderstellung geltend machen. Erstmals gewann die Menschheit die Fähigkeit zur Selbstvernichtung, erstmals wurde das kapitalistisch-marktwirtschaftliche System über viele Jahrzehnte hinweg ernsthaft in Frage gestellt, erstmals stellte sich dieses System in seiner faschistischen Übersteigerung selbst in Frage.

Mit der »Urkatastrophe« des Ersten Weltkrieges setzte ein Krisenzyklus der bürgerlichen Gesellschaft ein, der erst nach mehr als dreißig Jahren durch das »goldene Zeitalter« des liberalen Kapitalismus abgelöst wurde. Dessen Ende in den siebziger Jahren einerseits und das Ende des »Kalten Krieges« mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums andererseits warfen jedoch erneut und neu Fragen auf, die solche vom Anfang dieses Jahrhunderts auf globaler Ebene reproduzierten.

Die Geschichte des Kommunismus steht in diesem Spannungsfeld. Die Russische Revolution von 1917 und die von ihr geprägte kommunistische Weltbewegung haben diesem Jahrhundert ihr Signum gegeben. In den Debatten um die Definitionsmacht über dieses zu Ende gehende Jahrhundert ist gegen den Mainstream der konservativen Meinungsmacher geltend zu machen, daß dieses Säkulum ohne den Versuch einer Gesellschaftsalternative, ohne Gegenentwurf, an seinem Ende sich mutmaßlich als ein faschistisch und rechtskonservativ beherrschtes Staatensystem (zumindest in Europa und weiten Teilen der Dritten Welt) darstellen würde. Der liberale, parlamentarische Kapitalismus hat die Mobilisierung seiner regenerativen Kräfte nicht zuletzt der Herausforderung durch seinen Systemgegner zu verdanken.

<sup>1</sup> *Diese und andere Überlegungen des Verfassers sind dem grandiosen monumentalen Essay Eric Hobsbawms verpflichtet (siehe Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München, Wien 1995).*

Mit Eric Hobsbawm ist zu konstatieren, daß eine der Ironien dieses Jahrhunderts darin besteht, daß die Oktoberrevolution das System, das sie beseitigen wollte, am Ende gerettet hat.

Eine nüchterne Bilanz dieses Jahrhunderts muß jedoch zur Kenntnis nehmen, daß der Parteikommunismus, der von der Oktoberrevolution intendiert wurde, gescheitert ist.

Moderne linke Gesellschaftsanalyse kann nicht einfach an kommunistischen oder auch linkssozialistischen Ideen anknüpfen.

Das heißt jedoch nicht, daß die Geschichte des Kommunismus im 20. Jahrhundert als Geschichte des Scheiterns einer von Anbeginn verfehlten Idee, als »Schwarzbuch« zu schreiben ist. Geschichte als Resultante divergierender Interessen, als offenes System zu begreifen, heißt auch, sie nicht vom Resultat, dem jeweils vorläufigen, zu begreifen. Geschichte ist insofern nicht nur nach vorn, sondern in gewisser Weise auch nach hinten offen.

Der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts als vorwiegend extensiv erweiterter Reproduktionstyp war an Wachstumsgrenzen gestoßen. Der Übergang zum vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktionstyp vollzog sich in einer Strukturbruchkrise. Der liberale Kapitalismus geriet in eine Weltkrise, deren krassester Ausdruck der Erste Weltkrieg war, der von den Zeitgenossen als Menschheitskatastrophe empfunden wurde. Der Kommunismus vom Typ der Oktoberrevolution war nicht das Ergebnis der Verschwörung bolschewistischer Geheimzirkel, sondern Reaktion auf diesen Weltzustand.

Die radikale Infragestellung des kapitalistischen Systems dieser Zeit war die folgerichtige Reaktion der Volksmassen auf ein als unerträglich empfundenenes Regime der Unterdrückung und des Völkermordens. Die Russische Revolution 1917 wirkte als Initialzündung für einen revolutionären Prozeß, der erstmals den Weltkapitalismus erschütterte.

Da jedoch Deutschland und die anderen industriellen Zentren diese Erschütterungen überstanden, verblieb die sich als sozialistisch deklarierende Sowjetmacht letztlich in den Strukturen kapitalistischer Reproduktionsmechanismen. Das sozialistisch intendierte politische System in Sowjetrußland vermochte der staatskapitalistischen Realität zum Teil bemerkenswerte Zugeständnisse abzutrotzen, den sozialistischen Zielvorstellungen näherte es sich je länger desto weniger. Gleichwohl gingen von diesem Projekt nicht nur Faszination, sondern auch Impulse aus, die die Welt real veränderten.

In dem Maße, in dem sich Realität und sozialistische Utopie in der sowjetrussischen Entwicklung entkoppelten, gewann die Berufung

auf diese Entwicklung in der kommunistischen Bewegung quasireligiöse Züge.

Der deutsche Kommunismus ist jedoch nicht nur aus der Prägung durch den Impuls der Oktoberrevolution zu erklären. Er hat eigenständige Wurzeln in der deutschen Arbeiterbewegung. Insgesamt aber ging der deutsche wie der entstehende Weltkommunismus von drei Prämissen aus, die unter den obwaltenden Bedingungen der ersten Nachkriegsjahre als durchaus realistisch erschienen:

*Erstens* konnte man annehmen, daß der Kapitalismus mit Krieg und Nachkriegskrise am Ende seiner Entwicklungsmöglichkeiten angelangt sei und sein Zusammenbruch bevorstünde.

*Zweitens* schien die sich behauptende Revolution in einem Riesenreich wie Rußland nur denkbar als Auftakt einer Weltrevolution.

*Drittens* glaubten nicht nur Kommunisten an die langfristige wirtschaftliche Überlegenheit des Sozialismus, und sei es nur in einem Lande. Die Faszination, die später von der sich entwickelnden Planwirtschaft auch und gerade für bürgerliche Ökonomen ausging, belegt dies eindrucksvoll.

Diese Prämissen erwiesen sich – vor allem nach dem Ausbleiben der deutschen Räterepublik – von Jahr zu Jahr als weniger haltbar. War ein utopisches Moment, das jeder revolutionären Bewegung und Theorie notwendig eigen ist, in den frühen Jahren durchaus produktiv, so wurde es mit dem Eintritt in die nach- und nichtrevolutionäre Phase der Zwischenkriegsentwicklung in Gestalt des Beharrens auf dem zwangsläufig heranreifenden Zusammenbruch des Imperialismus und der gleichsam naturgesetzlich obsiegenden Weltrevolution kontraproduktiv, wurde es zum Gedankendogma, das kreative Ansätze konterkarierte.

Eine Analyse der Geschichte des deutschen Kommunismus muß der Darstellung des Verhältnisses von Theorie und Politik breiten Raum geben. Dabei erscheint die Rekonstruktion des Selbstverständnisses der deutschen Kommunisten als eine zentrale Fragestellung, die aus der Jahrhundertperspektive eine Gesamtsicht ermöglichen kann.

So war eine entscheidende Frage dieses Selbstverständnisses die nach dem Bild, welches sich die deutschen Kommunisten vom Kapitalismus respektive Imperialismus machten. Es war dies die Frage danach, in welchem Verhältnis das sich wandelnde Kapitalismusbild zu den Reaktionskonzepten der KPD auf die sie umgebende gesellschaftliche Wirklichkeit stand. Rosa Luxemburgs Akkumulations- theorie als Grundlegung des deutschen Kommunismus und Durch-

setzung der leninistischen, nicht unbedingt Leninschen, Imperialismustheorie stehen als Eckpunkte, zwischen denen eine Vielfalt von Theorie- und Politikansätzen changierten.

Aus diesen Ansätzen ergaben sich Handlungsspielräume für realistische Politik oder abenteuerliche weltrevolutionäre Konzepte.

Damit stellen sich Fragen, die nicht mit rein theoriegeschichtlichen Analysen beantwortbar sind. Ihre Beantwortung erfordert die Einbeziehung mentaler Befindlichkeiten. Die Existenz zweier in der Arbeiterbewegung wurzelnder Massenparteien in Deutschland zwischen 1918/1919 und 1933 sowie in den Jahren 1945/1946 wirft die Frage nach ihrer mentalen, sozialpolitischen und ökonomischen Verankerung auf. Es existierte auf der Basis gemeinsamen Herkommens sowohl ein sozialdemokratisches als auch ein kommunistisches Milieu, das sich in der Lebenspraxis vielfach überlappte.

Es ist zu fragen, inwiefern und inwieweit solche mentalen und milieugeprägten Verortungen dispositiv für politisch-ideologische Standorte wirkten.

Das Selbstverständnis deutscher Kommunisten war insofern auch Reflex gelebten Lebens und sozialen Milieus.<sup>2</sup> Politische Strömungen in der KPD erklären sich nicht zuletzt aus solchen, in der Forschung noch wenig hinterfragten Zusammenhängen. In diesem und in zahlreichen anderen Zusammenhängen stellt sich für die Geschichte der KPD, für die Rekonstruktion kommunistischen Selbstverständnisses, die Frage nach dem Selbst- und dem Fremdbild. Die rigide Ausgrenzung und Stigmatisierung der Kommunisten durch die überwiegend konservativ geprägte Weimarer Gesellschaft und die Atmosphäre der als Bruderkampf begriffenen Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie erschwerten das »Ankommen« der Kommunisten in der Weimarer Demokratie außerordentlich. Verhärtung, Abschottung nach innen und revolutionärer Attentismus nach außen waren auch Folgen dieser Ausgrenzung.

Selbstbestimmung kommunistischer Identität und das zunehmende Maß der mit der Durchsetzung stalinistischer Strukturen in der KPD einhergehenden Fremdsteuerung prägten als Gegenpole entscheidend Selbstverständnis und Mentalität der deutschen Kommunisten. Die Annahme, eine Massenpartei wie die KPD könnte auch unter den Bedingungen der Dominanz dieser Strukturen und Politikmuster im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie total fremdgesteuert werden, geht aber an der Realität vorbei. Es stellt sich so

2 Siehe Klaus-Michael Mallmann: *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*. Darmstadt 1996.

die Frage nach den eigenständigen Wurzeln einer Politik und deren Verinnerlichung durch große Teile der Mitgliedschaft, die nur unscharf traditionell als linksradikal bezeichnet wird, war sie doch eher linksfundamentalistisch und -traditionalistisch.

Gleichzeitig ist nach den Quellen und Wurzeln demokratischer, humanistischer, antifaschistischer Normen zu fragen, die die Kommunisten und ihre Anhängerschaft zur stärksten Kraft des Widerstandes werden ließen. Besonders hier scheidet stalinistische Fremdsteuerung als Impuls weitgehend aus.

Eine Geschichte der KPD hat zu differenzieren zwischen dem Scheitern des kommunistischen Parteytyps, der im Gefolge der Oktoberrevolution entstanden war, und der kommunistischen Massenbewegung in und um die kommunistischen Parteien, die die in hohem Maße basisdemokratischen Intentionen der Volksmassen bündelte, bewahrte und in mannigfaltigen Substrukturen weiterführte.

Eine Neubefragung der Geschichte des deutschen Kommunismus in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts mit den Erfahrungen und Erkenntnissen des zu Ende gehenden Säkulum sieht sich in vielschichtige Traditionsbezüge gestellt.

In der Selbstsicht der KPD gerann die Geschichte des deutschen Kommunismus im Maße der Durchsetzung der Doktrinen des Stalinischen Leninismus zur Vorgeschichte und Geschichte der Partei Ernst Thälmanns. Die Bündelung der KPD-Traditionslinie im Obsiegen der »Leninisten« im »Thälmannschen Zentralkomitee« reduzierte die Geschichte der KPD und des deutschen Kommunismus auf ein Zerrbild. Die Vielfalt und der Reichtum der Strömungen im deutschen Kommunismus gingen in dieser Sicht nicht nur verloren, sondern sie wurden zudem als gefährliche Abweichungen stigmatisiert. Diese mit dem Begriff Thälmann-Legende verkürzt zusammenzufassende, im Stalinismus wurzelnde Geschichtsfälschung wurde durch die SED-Propaganda und -Geschichtsschreibung mit Mitteln der Literatur, der Filmkunst etc. jahrzehntelang wirksam verbreitet und durch einen beträchtlichen Teil der DDR-Bevölkerung verinnerlicht. Die tatsächliche Differenziertheit und Vielfalt des deutschen Kommunismus traten hinter diesem Thälmann-Mythos zurück.

Da jede der SED-Führungen sich in der direkten Nachfolge dieses »Thälmannschen Zentralkomitees« begriff und mangels hinreichender demokratischer Legitimation der Rückgriff auf diese Tradition die jeweilige »Erbfolge« begründete, war ein kritisches Aufbrechen dieser Legende innerhalb der DDR-Geschichtsschreibung bis zu ihrem Ende blockiert. Hinzu kam, daß die Chance der radikalen Er-



neuerung marxistischen Denkens im Umfeld und in der Folge des XX. Parteitages der KPdSU nicht genutzt wurde. Die Stalinismuskritik blieb halbherzig, bewußt oder unbewußt verschleiern, entstelen und letztendlich verfälschend.

Die gezielte Ausblendung der Vielfalt und in sich reichen wie widersprüchlichen Gedankenwelt sozialistischen Denkens, die Dominanz des Macht- und Sicherheitsdenkens in Freund-Feind-Kategorien führten zu einer partiellen Kritik an Stalin, die einer Rettung des Stalinismus im Gewand des Poststalinismus gleichkam.

In der historischen Analyse spielte das Leninismus-Axiom eine entscheidende Rolle. Die Kritik an Stalin – der Begriff Stalinismus war ein gegnerisches Unwort – führte zu einer subjektiv ehrlichen oder auch demagogischen Rückbesinnung auf Lenin. Indem diese Rückbesinnung sich jedoch des Leninismus-Begriffs bediente, rettete sie das Stalinsche Konstrukt des Marxismus-Leninismus, das in Lenins Werk die allgemeingültige Weiterentwicklung des Marxismus im 20. Jahrhundert sah. Damit wurden Politik und Theorie der Arbeiterbewegung mit dem Maßstab des Leninismus gemessen, Rosa Luxemburg zwar vor dem Rufmord Stalins in Schutz genommen, jedoch danach bewertet, wie sie als Theoretikerin in der Leninschen Periode der Entwicklung des Marxismus sich der Erkenntnis Lenins angenähert hatte. Eigenständige Beiträge wurden nach ihrer Kompatibilität mit dem leninistischen Paradigma bewertet.

Auch die Arbeiten des Verfassers in den siebziger und zum großen Teil auch noch in den achtziger Jahren blieben diesem Paradigma verhaftet. In ihrem Rahmen waren begrenzte Erkenntnisfortschritte möglich, auch eine Mimikry, die die Vielfalt marxistischen Denkens als leninistisch in den eingeschränkten Diskurs einbrachte.

Im Verlauf der achtziger Jahre differenzierte sich die geschichtswissenschaftliche Debatte auch in solchen Bereichen, die als innerer Zirkel der Parteigeschichtsschreibung begriffen wurden. Mit der Analyse des Bildes, das sich die Kommunisten vom Kapitalismus machten, gelang ein realistischer Ansatz zur Erklärung ihrer strategischen Konzepte. Eigenständige Forschungsergebnisse gerieten immer stärker in Konflikt mit der parteioffiziellen Legendenbildung, in deren Zentrum das »leninistische Zentralkomitee unter der Leitung Ernst Thälmanns« stand. Gleichzeitig behinderten eigene Denkblokaden den radikalen Bruch mit diesem Geschichtsbild.

Die mit der Perestrojka einhergehende Revision der Geschichte der kommunistischen Bewegung blieb inkonsequent, führte jedoch gerade in der DDR – weit über die Historikerzunft hinaus – zu einer

Erschütterung poststalinistischer Geschichtsmonumente und auch zu verschärften Auseinandersetzungen innerhalb der Geschichtswissenschaft. Dennoch bedurfte es weiterer Einsichten in den Verlauf geschichtlicher Entwicklung, bis deutlich wurde: Das Projekt Oktoberrevolution ist gescheitert und mit ihm der Parteikommunismus bolschewistischen Typs. Erst mit der Einsicht dieses Scheiterns eröffneten sich neue Perspektiven. Der schmerzhafteste Bruch mit dem Paradigma des Marxismus-Leninismus ermöglichte es jedoch, der Frage nach den Gründen des Scheiterns und möglichen Alternativen nachzugehen.

Die vorliegenden Skizzen verstehen sich als Versuch, Konturen eines Bildes des deutschen Kommunismus zu umreißen, die geeignet sein mögen, jenseits von Hosianna und Verdammnis Maß zu finden für die Bewertung dieser epochalen Erscheinung, die dieses Jahrhundert so maßgeblich beeinflußt hat und in deren Tradition – in Distanz und Nähe – die heutige entschiedene Linke auch steht.

## I.

»Wenn unser Leben dazu ausreicht,  
es dahin zu bringen«

*Das konstitutive Selbstverständnis des  
deutschen Parteikommunismus*

Die »Revolution versteht ihre Werke mit ungeheurer Geschwindigkeit zu vollziehen. Ich übernehme es nicht zu prophezeien, wie viel Zeit dieser Prozeß braucht. Wer rechnet von uns, wen kümmert das, wenn unser Leben dazu ausreicht, es dahin zu bringen.«<sup>3</sup>

Als Rosa Luxemburg dies den Delegierten des Gründungsparteitages der KPD (Spartakusbund) zurief, die sich am 30. Dezember 1918 im Festsaal des Preußischen Abgeordnetenhauses versammelt hatten, war es wohl für alle unstrittig, daß ihr »Leben dazu ausreicht«, das bestehende System zu stürzen und den »deutschen Oktober« herbeizuführen.

Es war dies das konstitutive Selbstverständnis des deutschen Kommunismus, der sich im Gefolge der Russischen Revolution herausbildete. Historisch in der sozialistischen Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit wurzelnd, war er der äußerste Exponent einer allgemeinen revolutionären Strömung in der europäischen Arbeiterbewegung, die durch den Ersten Weltkrieg ungeheuer verstärkt wurde. Gegründet im zweiten Jahr der Russischen Revolution und zu Beginn der absteigenden Phase der deutschen Revolution, an der sie nur noch marginalen Anteil hatte, stand die KPD, standen die deutschen Kommunisten *objektiv* vor einem Dilemma.

Die als Weltrevolution begonnene Russische Revolution brachte – allein gelassen – je länger desto mehr »ihre Art erbarmungslosen, brutalen Kommandosozialismus« hervor.<sup>4</sup> Rosa Luxemburg hatte in ihrer ahnungsvollen Gefängnisschrift bereits 1918 diese Gefahren signalisiert. *Subjektiv* konnten und mußten die deutschen Kommunisten diese Entwicklung nur begreifen als eine Aufforderung zum Weitertreiben der deutschen Revolution. In ihrer Wahrnehmung der

3 Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919. Hrsg. von der Zentrale der KPD. o. O. [Berlin] o. J. [1919]. S. 42.

4 Siehe Eric Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München, Wien 1995. S. 616.

Realität, in ihrem Selbstverständnis erschien die Realisierung dieser selbstgestellten Aufgabe durchaus nicht als utopisch.

Jedoch waren die Voraussetzungen und Bedingungen für das Weitertreiben der Revolution im Deutschland des Jahres 1919 grundlegend andere als im Rußland des Jahres 1917. Die entscheidenden Hebel zur Revolutionierung der Massen, die die Bolschewiki ansetzen konnten, die Friedenssehnsucht und der Landhunger der Bauern, entfielen in Deutschland in der Anfangsphase der Revolution oder waren vergleichbar nicht existent. Die Bauernschaft war mehrheitlich eher konservativ gestimmt. Der politisierte Teil der deutschen Arbeiterklasse war trotz der enttäuschenden Kriegserfahrungen in seiner großen Mehrheit sozialdemokratisch orientiert.

Die Spaltung der Sozialdemokratie in Mehrheitssozialisten (SPD) und Unabhängige (USPD), denen zunächst der Spartakusbund zugehörte, führte in der Revolution zu einer Zersplitterung der Kräfte der Arbeiterbewegung, die wohl unvermeidlich war. Die extreme Polarisierung der deutschen Arbeiterbewegung im Verlauf und im Ergebnis der Revolution erwies sich jedoch als schwere Hypothek auf die Zukunft. Dazu trug bei, daß in der Sozialdemokratie jene Kräfte dominierten, die - im Unterschied etwa zur österreichischen Sozialdemokratie - zum Machterhalt und aus überdies übertriebener Revolutionsfurcht auf den Kompromiß mit den alten Eliten des Kaiserreichs setzten.

Nicht zuletzt deshalb - aber nicht ausschließlich deswegen - vermochten auf dem linken Flügel der deutschen Arbeiterbewegung weit über den Spartakusbund hinaus die Kräfte an Einfluß zu gewinnen, die nicht auf das Vorantreiben der Weimarer Demokratie, sondern auf ihre Beseitigung drängten.

Hier dominierte die Überzeugung, daß die Zeit der bürgerlich-parlamentarischen Republik vorbei sei, daß diese eher eine Auffangstation für die Konterrevolution bildete, zu der die Errichtung der Rätemacht die einzige Alternative darstellte.

Der Kapitalismus war nach Überzeugung der radikalen Linken in seine Endkrise eingetreten. Der deutsche Kommunismus war aber während der Revolution 1918/1919 noch in seiner Konstituierung begriffen und verfügte über keine Massenbasis. Er war zudem in sich heterogen. Der Spartakusbund, der in der Tradition des linken Flügels der Sozialdemokratie stand, vermochte sich - wie der Gründungsparteitag zeigte - in wesentlichen Fragen nicht gegen anarchistische, syndikalistische oder nur diffus radikalistische Strömungen durchzusetzen.

Die Kämpfe des Januars 1919 zeigten, daß es der soeben gegründeten Partei nicht gelang, steuernd einzugreifen. Die Provokation der Konterrevolution ging auf. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden ihre Opfer. Das Wort Romain Rollands vom »unüberwindlichen Strom zwischen den sozialistischen Renegaten und dem Proletariat«, der das Blut Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs bilde,<sup>5</sup> spiegelt ungeachtet seines Wahrheitsgehalts das Empfinden und den Zeitgeist nicht nur linker Intellektueller während dieses Epochenumbrochs wider.

5 Siehe Romain Rolland: *Das Gewissen Europas. Tagebuch der Kriegsjahre 1914 bis 1919. Bd. III: März 1917 bis Juni 1919.* Berlin 1974. S. 761f.

## II.

### *Die ungeliebte Republik*

#### *Die deutschen Kommunisten und die Entstehung der Weimarer Republik*

Die Geburt der ersten deutschen Republik vollzog sich inmitten schwerer politischer und sozialer Erschütterungen. Bis in das Frühjahr des Jahres 1919 hinein wurde das Land durch immer wieder aufflammende Nachhutgefechte der Revolution in Atem gehalten. Mit der Niederschlagung des Januaraufstandes und den Wahlen zur Nationalversammlung waren jedoch die Weichen grundsätzlich auf den Ausbau der bürgerlich-parlamentarischen Republik gestellt.

Die Entstehung der Weimarer Demokratie blieb jedoch mit dem Makel behaftet, aus einer Mesalliance von rechter Sozialdemokratie und alten Eliten hervorgegangen zu sein. Die Weimarer Republik gründete sich auf die Zerschlagung der radikalen Linken nicht nur in den Januarkämpfen in Berlin, sondern auch auf der Zerschlagung der Bremer und der Münchner Räterepubliken mit Hilfe der entschiedenen Gegner der entstehenden Republik. Dies erschwerte es den radikalen Linken unsäglich, das Ergebnis der deutschen Revolution von 1918/1919 als das anzunehmen, was es war: einen bedeutenden Sieg der Volksmassen, einen enormen Modernisierungsschub in der deutschen Gesellschaft.

Es überforderte kommunistisches Selbstverständnis, die Weimarer Verfassung angesichts der sich mit der Staatsmacht arrangierenden Konterrevolution als jenen bedeutenden Fortschritt zu begreifen, der er tatsächlich war. Zudem schien auch die internationale Situation den Schluß zuzulassen, daß mehr möglich war als diese halbherzige deutsche Revolution.

In Sowjetrußland behaupteten sich die Bolschewiki, in Ungarn existierte eine Rätewacht. Das kapitalistische System taumelte zumindest in den Staaten der Weltkriegsverlierer von einer Krise in die andere.

Die Forderung nach dem ganz Anderen erschien als realistisch. Und sie erschien angesichts des schweren Überlebenskampfes der Russischen Revolution als absolutes Muß für jeden Revolutionär. Nur die Wege und Methoden waren strittig. Rosa Luxemburgs zögernde Politik, die darauf abzielte, größere Teile der USPD in die neue Partei einzubringen, die sie lieber »Sozialistische Partei« genannt hätte, ihr

bremsender Kurs bei der Gründung der Kommunistischen Internationale, der die Loslösung des linken Flügels in der II<sup>1/2</sup>. Internationale abwarten wollte, um mit ihm gemeinsam ein Gegengewicht gegen die Bolschewiki in der neuzugründenden III. Internationale gewinnen zu können, stießen auf die Ungeduld und Überschätzung der revolutionären Möglichkeiten in den eigenen Reihen und die zunehmend verzweifelte Hoffnung Lenins und seiner Mitstreiter auf Entsatz aus dem Westen.

Es war Paul Levi, der bereits im Sommer 1919 zu der bemerkenswerten Einsicht gelangte, daß »die Epoche, die am 9. November eingesetzt hat«, zu Ende sei.<sup>6</sup> Folgerichtig orientierte er, der als enger Vertrauter Rosa Luxemburgs als ihr Testamentsvollstrecker gelten kann, auf den Aufbau einer dem Wesen nach linkssozialistischen Massenpartei, die nur bei Gewinnung zumindest wesentlicher Teile der USPD zu schaffen war.

Dieser Kurs erforderte gleichzeitig die Abgrenzung von revolutionaristischen Kräften, die die KPD in die Isolierung zu treiben drohten. Die Auseinandersetzung mit der Opposition, die mit dem nicht unproblematischen Ausschluß eines ganzen Flügels der Partei und der Bildung der KAPD endete, machte den Weg frei für den von Levi betriebenen Zusammenschluß mit der USPD. Deren Teilnahme am II. Weltkongreß der Komintern im Juli/August 1920 setzte ein Zeichen für die Möglichkeit des Zusammengehens.

Die politische Großwetterlage begann sich in dieser Zeit jedoch erneut zu ändern. Hatte Lenin Levi grundsätzlich in dessen Kampf gegen den Linksradikalismus unterstützt – seine Schrift gegen diese Strömung war soeben erschienen –, so traten im Sommer/Herbst 1920 neue Peripetien mit dem sowjetrussisch-polnischen Krieg in den Vordergrund. Der Vorstoß der Roten Armee tief in polnisches Territorium verleitete die Führung der RKP(B) dazu »mit dem Bajonett [zu] erkunden [...], ob die soziale Revolution des Proletariats in Polen herangereift ist«.<sup>7</sup> Als Lenin dies in einer internen, erst jüngst veröffentlichten Rede auf der IX. Parteikonferenz der RKP(B) im September 1920 sagte, war dieser Versuch, die Revolution mit militärischen Mitteln über die Grenzen Sowjetrußlands hinaus zu tragen,

6 Zit. nach Heinrich August Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*. 2. Aufl. Berlin, Bonn 1985. S. 262.

7 »Ich bitte Sie, weniger aufzuschreiben: Das darf nicht in die Presse gelangen.« (Reden W. I. Lenins auf der IX. Konferenz der RKP(B) am 22. September 1920. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*. Berlin (1997)3. S. 47).

bereits gescheitert. Das hinter dieser Politik stehende Partei- und Revolutionskonzept reduzierte jedoch das Zusammengehen mit anderen Strömungen der Arbeiterbewegung auf die Frage der politischen Zweckmäßigkeit. In Lenins Rede war der Ausspruch der Partei der Avantgarde der Partei, die die Weltrevolution »macht« und die dazu die kommunistische Weltpartei benötigte, mit Händen zu greifen. Diese strategische Option war nur sehr begrenzt kompatibel mit dem aus dem Spartakusbund und der Schule Rose Luxemburgs hervorgegangenen Politikansatz.

Mit den 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Komintern und dem Kurs auf Loslösung der »revolutionären Kräfte« von den Führern der »zentristischen Parteien« verfolgte die Komintern-Führung stringent das Konzept der Weltrevolution, das von Avantgardeparteien ausging, die die Revolution zu organisieren hatten. Damit war der Konflikt mit der »Levi-Zentrale« vorprogrammiert. Dieser Konflikt war jedoch nicht gekennzeichnet durch einen Gegensatz zwischen KPD und Komintern, sondern er durchzog gleichermaßen beide Gliederungen.

Bis zum Ende des Jahres 1920 gelang es, den Prozeß der Lostrennung des linken Flügels der USPD so voranzutreiben, daß etwa ein Drittel der Mitglieder der USPD mit der KPD zur Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) fusionierten. Damit war eine kommunistische Massenpartei in Deutschland entstanden, die auch international großes Gewicht besaß.

Mit der Politik des »Offenen Briefes« an die Gewerkschaften und Arbeiterparteien vom 8. Januar 1921, die realistische Angebote zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Kapitalsoffensive unterbreitete, ging die soeben konstituierte VKPD einen wichtigen Schritt in die Richtung einer an den Tagesaufgaben und Tagesnöten der werktätigen Massen orientierten Politik, die gleichzeitig ihren revolutionären, antikapitalistischen Anspruch nicht preisgab.

In ihrer konsequenten Ausformung war diese Politik geeignet, die VKPD zum linken Korrektiv der SPD und zu einem realen Faktor in der Parteienlandschaft der Weimarer Demokratie werden zu lassen. Trotzdem Lenin diese Politik nachdrücklich unterstützte, blieb sie in der KPD wie in der Komintern umstritten. In der VKPD formierte sich eine linke Opposition um Ruth Fischer und Arcady Maslow. In der Komintern frondierte Grigori Sinowjew und Nikolaj Bucharin gegen Levi. Karl Radek, mit Levi eins in der Einheitsfrontpolitik, mißtraute dennoch dem »Luxemburgschen« Politikansatz Levis.



Im Frühjahr 1921 kam dieser Gegensatz zwischen Levis linkssozialistisch-demokratischem Politikverständnis und dem bolschewistisch-avantgardistischen Revolutions- und Parteikonzept zum Aus-  
trag. Ermutigt durch die sprunghaft gewachsene Stärke der VKPD gewannen die Kräfte in Berlin und Moskau Einfluß, die ganz im Stile des Avantgardismus die Offensive suchten und in Verkennung der Kräfteverhältnisse in den Märzkämpfen einer gezielten Provokation der Reaktion in die Falle gingen.

Paul Levi lief gegen diese Politik Sturm. Unter den sich verändernden internationalen Bedingungen und angesichts der Stimmungslage in der VKPD vermochten sich Paul Levi und seine Gesinnungsgenossen, zu denen auch Clara Zetkin gehörte, nicht durchzusetzen. Levis Rücktritt vom Parteivorsitz und der im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung folgende Parteiausschluß beendeten wohl endgültig die Option, KPD und Komintern offenzuhalten für eine breitere Sammlung der Kräfte der Arbeiterbewegung links von der reformistischen Sozialdemokratie. Das »Ankommen« der Kommunisten und ihrer Sympathisanten in der Realität der Weimarer Demokratie, das durch die Dominanz des Konservatismus ohnehin extrem erschwert war, wurde durch diese Grundstimmung noch schwieriger.

### III.

## *Der deutsche Oktober 1923*

### *Voraussetzungen und Bedingungen*

Am 11. Januar 1923 marschierten französische und belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein. Sie besetzten das industrielle Zentrum Deutschlands, in dem 72 Prozent der Steinkohlenförderung, 54 Prozent der Roheisen- und 53 Prozent der Rohstahlproduktion des Landes konzentriert waren. In diesen Auseinandersetzungen um die Nachkriegsordnung eskalierten erneut die Gegensätze verschiedener imperialistischer Mächtigegruppierungen. Die »Katastrophenpolitiker« spitzten die Lage dramatisch zu und beschworen eine Situation herauf, die zu einer weiteren Verschlechterung der Lebenslage der Bevölkerung und zur erneuten Gefährdung des Friedens führte. Eine chauvinistische Welle überflutete das Land und erfaßte breite Kreise der Mittelschichten wie auch der Arbeiterklasse.

Die KPD stand vor der schwierigen Aufgabe, sich diesem nationalistischen Taumel entgegenzustellen, aber gleichzeitig auch politikfähig zu bleiben. Der 8. Parteitag der KPD, der vom 28. Januar bis zum 1. Februar 1923 in Leipzig tagte, hatte die komplizierte Aufgabe, in dieser politisch hochexplosiven Situation die widerstreitenden Flügel der Partei zum Konsens zu führen.

Die Debatten entzündeten sich vor allem am unterschiedlichen Verständnis der Orientierung auf eine Arbeiterregierung. Darunter wurde die Beteiligung der KPD an einer SPD-geführten Landesregierung verstanden. Im Kern zeigten sich in diesen Debatten verschiedenartige Politikansätze, die ihre Wurzeln in konträren Positionen zur Weg-Ziel-Relation besaßen. Arbeiterregierung lediglich als Vehikel zur Bewaffnung der Arbeiterklasse und zur Sicherung günstiger Ausgangsbedingungen für den nach dem Modell der Russischen Revolution als unvermeidlich angesehenen Bürgerkrieg, oder Arbeiterregierung als Mittel, die Interessenvertretung der werktätigen Bevölkerung zu befördern, den Tagesinteressen der Massen Nachdruck zu verleihen und so die Voraussetzungen und Bedingungen für die politische Umwälzung zu gewinnen, darauf ließ sich die Problemlage in nuce reduzieren.

Die Mehrheit der Zentrale der KPD um Ernst Meyer, Heinrich Brandler, August Thalheimer oder Clara Zetkin sah im Ringen um eine Arbeiterregierung das geeignete Mittel, der reaktionären Politik

der Cuno-Regierung entgegenzutreten. Noch stand die Vorbereitung auf den revolutionären Umsturz außer in der revolutionären Attitüde nicht wirklich zur Debatte. Solange die Reichsregierung an ihrer gegen Frankreich und Großbritannien gerichteten Politik des aktiven Widerstandes festhielt, gab es auch ein gewisses außenpolitisches Interesse Sowjetrußlands an der innenpolitischen Stabilität Deutschlands. In dem Maße der Destabilisierung und des Zurückweichens der deutschen Regierung vor den Westmächten veränderte sich in Moskau dieses Kalkül.

Die Destabilisierung der Lage in Deutschland, die zunehmenden Streikämpfe, die sich bis zu spontanen Revolten auswuchsen, und der wachsende Einfluß der KPD ließen im Sommer 1923 die Hoffnung heranreifen, daß der deutsche Oktober vielleicht doch nicht fernab jeder Realität lag. Optimistische Berichte der deutschen Partei beförderten diese Illusion offenkundig. Zudem spitzten sich die Auseinandersetzungen mit nationalistischen, chauvinistischen und offen faschistischen Kreisen zu. Mit der Kontrollausschußbewegung als echten Organen der Einheitsfront gelang es der KPD, mit ihrem Eintreten für eine bessere Lebensmittelversorgung, gegen Preiswucher, Spekulation und Schwarzhandel an die Tagesnöte der Bevölkerung anzuknüpfen. Gleichzeitig entstanden vor allem in den industriellen Zentren proletarische Hundertschaften, deren Mitgliederschaft weit über die KPD hinausging. Gegründet zum Schutz von Versammlungen und Demonstrationen der Arbeiterbewegung und deren Einrichtungen, verbanden sich mit diesen Abwehrorganisationen im kommunistischen Selbstverständnis weitergehende hochfliegende Pläne. Je größer die Entfernung zur deutschen Realität, desto mehr mutierten die proletarischen Hundertschaften zum Kern einer künftigen roten Bürgerkriegsarmee.

Angesichts der wachsenden faschistischen Gefahr rief die Zentrale der KPD am 11. Juni 1923 dazu auf, die Schlagkraft der Partei zu erhöhen. Die KPD sollte in die Lage gesetzt werden, einen bewaffneten faschistischen Putsch mit bewaffneter Gewalt niederschlagen zu können.<sup>8</sup> Der Kurs auf die offene Konfrontation mit der Konterrevolution mit allen Mitteln der bewaffneten Auseinandersetzung stieß auf den Widerstand von Karl Radek und Edwin Hoernle, dem Vertreter der KPD bei der Exekutive der Komintern.

8 *Siehe Aufruf der Zentrale der KPD vom 11. Juni 1923 zur Gewinnung der breitesten Massen für den Kampf gegen die drohende faschistische Offensive der Großbourgeoisie. In: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. VII/2: Januar 1922 – Dezember 1923. Berlin 1966. S. 364–367.*

Ganz anders wurde der Aufruf von Grigori Sinowjew und Nikolaj Bucharin aufgefaßt. Sie sahen in ihm den letzten (erwünschten) Beweis für die Revolutionsbereitschaft der deutschen Kommunisten. Erst seit diesem Zeitpunkt steuerte die dominierende Gruppierung in der Führung von Komintern und RKP(B) auf den revolutionären, bewaffneten Umsturz in Deutschland als praktisch zu realisierende Aufgabe.

Die Konflikte der Weimarer Republik, die sie zehn Jahre später zerreißen sollten, bildeten sich in besonders prägnanter Weise bereits im Verlaufe des Jahres 1923 aus. Im Sommer spitzte sich die politische Lage dramatisch zu. Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung im August 1923 mit dem Generalstreik gegen die Cuno-Regierung und deren Rücktritt.

Die Bereitschaft der sowjetrussischen Führung, den extremistischen Stimmungen zu folgen, wurde durch die Bildung des Kabinetts Stresemann unter Beteiligung der SPD und deren Politik der Beendigung des Konflikts mit Frankreich befördert. Doch auch in der KPD-Führung wurde die Situation mit einem unrealistischen Optimismus beurteilt. Offensichtlich schaukelten sich Moskauer und Berliner Führung in eine revolutionäre Euphorie, die ihre Eigengesetzlichkeit gewann. Überbetonung der positiven Momente, Unterdrückung der negativen, so läßt sich das Grundmuster der Berichterstattung zusammenfassen.

Das Politbüro der RKP(B) bildete eine konspirative »Kommission für internationale Angelegenheiten«, deren Mitglieder Sinowjew, Kamenew, Radek, Stalin, Trotzki und Tschitscherin waren. Ihr wurde die gesamte Vorbereitung der »deutschen Revolution« anvertraut. Es entstand im August/September 1923 ein Aktionsplan, der von der Bereitstellung der finanziellen Mittel, der Mobilmachung der Armee in den westlichen Grenzgebieten Sowjetrußlands, der Entsendung militärischer Berater bis zur Planung einer Kampagne zur Mobilisierung der sowjetrussischen und internationalen Öffentlichkeit reichte. Wie Heinrich Brandler im Rückblick erinnerte, verbrachten die Führer der KPD sieben Wochen in Moskau mit der Zuarbeit am Aktionsplan für die deutsche Revolution, während in Deutschland sich die Voraussetzungen veränderten.

Am 21. September 1923 faßte das Politbüro des Zentralkomitees der RKP(B) den Beschluß über die Machtergreifung in Deutschland. Das Scheitern dieser Politik erwies sich für die internationale kommunistische wie für die linkssozialistische Bewegung als folgenreich. Hatte Stalin in diesen Tagen noch an Thalheimer geschrieben, der

Sieg der deutschen Revolution werde »für das Proletariat Europas und Amerikas eine wesentlichere Bedeutung haben als der Sieg der russischen Revolution«,<sup>9</sup> so führte das Ausbleiben der deutschen Revolution nicht nur für Stalin zur endgültigen Dominanz des zunehmend verzerrten Bildes der Oktoberrevolution im Sinne eines allgemeingültigen Modells.

Es ist hier nicht Gelegenheit, dem Gang der Ereignisse nachzugehen. Deutlich wurde eines: Seit Juli/August 1923 entkoppelten sich in den Führungen Berlins wie Moskaus zunehmend politische Realität und politisches Wollen. Eine zunächst aussichtsreiche Entwicklung, ein bemerkenswerter Zuwachs an Einfluß und Aktionsfähigkeit der KPD verführten die Träger politischer Entscheidungen zu blankem Voluntarismus. Der übermächtige Glaube an die Weltrevolution, die verzweifelte Hoffnung auf einen Entsatz der russischen durch die deutsche Revolution betäubten nüchternes Kalkül und Realitätssinn.

In ihrer Fixierung auf den revolutionären Endpunkt und gesteuert vom Aktionsplan der Komintern/RKP(B), verlor die KPD-Führung zunehmend jede Bodenhaftung. Befangen in selbstverursachter Fehleinschätzung der Lage, unter dem Druck des starken extremistischen Flügels in der eigenen Partei und der Revolutionsdramaturgie Moskaus stehend, taumelte sie ohne klaren, eigenständigen Kurs durch die Krisenmonate.

Die Konferenz von Vertretern der Betriebsräte und der Gewerkschaften in Chemnitz am 21. Oktober 1923, auf die die KPD große Hoffnungen als Initialzündung der revolutionären Kämpfe gesetzt hatte, verlief erfolglos. Angesichts der sich verbessernden Versorgungslage und der Hoffnung auf den Einfluß der Sozialdemokratie in der Regierung war die Mehrheit der Delegierten, wie wohl auch der Arbeiterschaft im Lande, nicht bereit, den Forderungen der KPD auf Generalstreik zu folgen. Damit waren die Voraussetzungen für einen allgemeinen Aufstand endgültig verschwunden. Der »deutsche Oktober« hatte keine Niederlage erlitten, er fand nicht statt.

Der Hamburger Aufstand wurde ausgelöst, obwohl die Bezirksleitung um den Beschluß der Chemnitzer Konferenz wußte. Er war der Ausfluß revolutionaristischer Positionen in der Hamburger Parteiorganisation, wie sie auch Ernst Thälmann vertrat. Hamburg war nicht die Ehrenrettung des revolutionären deutschen Proletariats, wie es

9 [I. V. Stalin Avgustu Tal'gejmeru, 21. September 1923]. In: *Rossijskij centr chranenija i izučenija dokumentov novešej istorii. Moskau (im weiteren RCChIDNI). Fonds 558. Bestand 1. Mappe 2549.*

die Oktober- und Thälmann-Legende seitdem glauben machen wollten, sondern ein marginales, ein regionales Ereignis, das zeigte, wie isoliert kommunistische Aufstandspläne unter den gegebenen politischen Umständen bleiben mußten. Es gehört zu den tragischen Momenten der Geschichte des deutschen Parteikommunismus, daß diese Erfahrungen nicht kritisch verarbeitet wurden.

Im Gegenteil: Die Legendenbildung über den deutschen Oktober und den Hamburger Aufstand wurde zu einem konstitutiven Moment des deutschen Parteikommunismus seit der Mitte der zwanziger Jahre. Ihre Fernwirkungen wetterleuchten noch heute im Geschichtsbild einer konservativ-fundamentalistischen »Linken«.

#### IV.

### *»Thälmann und Thälmann vor allen ...« Die Legende von der Herausbildung eines leninistischen Zentralkomitee der KPD*

Die Zäsur des Herbstes 1923, dem Betrachter aus dem historischen Abstand unverkennbar, war den Akteuren und Zeitgenossen jener Vorgänge nicht gleichermaßen deutlich. Im Gegenteil!

Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit und erneut anschwellende Streikaktionen konnten den Eindruck erwecken, der Rückzug des Oktobers 1923 sei eine der vielen Niederlagen des revolutionären Proletariats auf dem Wege zum Sieg. In der Tat beherrschte viele Kommunisten diese Mentalität. Schwere Verfolgungen, Verhaftungen, die Errichtung von Internierungslagern zwangen die KPD in eine nahezu illegale Stellung. Die Revolutionseuphorie, die von den kommunistischen Aktivisten verinnerlichte Überzeugung von der Unausweichlichkeit des Sieges der proletarischen Revolution schlug um in Zorn und Enttäuschung. Mit der Suche nach den Schuldigen schlug die Geburtsstunde der Oktoberlegende. Die »linke« Opposition sah ihre Zeit für gekommen. Das Wort vom kampflosen Zurückweichen der Partei, gar dem Verrat der Parteiführung, war rasch zur Hand. Mit Heinrich Brandler und August Thalheimer wurden die Hauptverantwortlichen dafür ausgemacht. Es begann das Ringen um die Deutungsmacht über den »deutschen Oktober«. Nur wer seiner Sicht auf diese Ereignisse Geltung verschaffen konnte, hatte eine Chance, künftig die Politik der Partei zu bestimmen.

Die Auseinandersetzungen in der KPD wurden überlagert durch den seit 1923 entbrannten Kampf um die Führung in der RKP(B). Mit Lenins Tod am 21. Januar 1924 trat diese Auseinandersetzung in ihr entscheidendes Stadium. Die Niederlage in Deutschland schwächte die Position Trotzki's gegen die »Troika« Stalin, Sinowjew und Kamenew. Sie erforderte jedoch auch von der »Troika«, insbesondere von Sinowjew, eine rasche Umdeutung der Ereignisse.

Mit Karl Radek, dem für Deutschland hauptverantwortlichen Funktionär der Komintern und Trotzki-Anhänger, bot sich der ideale Sündenbock an. In einer aufgeheizten Atmosphäre formierten sich die Fraktionen, um im Gewande der Debatte über den »deutschen Oktober« Stellungen für künftige Auseinandersetzungen zu besetzen. Am 8. Dezember 1923 prallten in der Zentrale der KPD die sich

zunehmend formierenden drei Gruppierungen erstmals aufeinander. Die bisherige Mehrheit der Zentrale zerfiel in die »Rechten« um Heinrich Brandler und August Thalheimer und die »Mittelgruppe« um Hugo Eberlein, Ernst Meyer, Wilhelm Koenen und andere. Die »Linke« vermochte ihren Einfluß wesentlich zu erhöhen. Ihre führenden Köpfe waren Ruth Fischer und Arcady Maslow.

Es gehörte zu den konstitutiven Elementen der Thälmann-Legende, die spätestens seit dem Ende der zwanziger Jahre die offizielle Parteigeschichtsschreibung von KPD und SED prägte, Ernst Thälmann entgegen der historischen Realität von den »kleinbürgerlich-intellektuellen Ultralinken« zu lösen. »Im Grunde« – so die Legende – standen solche »proletarischen Linken« wie Ernst Thälmann und die »Ultralinken« auf gegensätzlichen Positionen. Die Ultralinken hätten es jedoch vermocht – so ist noch im nicht mehr erschienenen zweiten Band der SED-Geschichte zu lesen –, die »wesentlichen Unterschiede [...] längere Zeit zu verhüllen«. <sup>10</sup> Mit dieser Konstruktion wurden »die wertvollen proletarischen Kräfte um Ernst Thälmann, die »zeitweilig von Stimmungen der revolutionären Ungeduld beherrscht wurden«, vom Makel befreit, mit den ultralinken späteren Renegaten jemals gemeinsame Sache gemacht zu haben. Die bald als »erste leninistische Parteiführung«, als »Thälmannsches Zentralkomitee« apostrophierte KPD-Führung erhielt damit die Weihe, sich in Gestalt ihrer führenden Repräsentanten von Anbeginn sowohl mit dem Opportunismus Brandlers und Thalheimers als auch mit dem Linkssektierertum Ruth Fischers und Arcady Maslows auseinandergesetzt zu haben.

Da das Codewort für politische Gegner innerhalb der Arbeiterbewegung Opportunismus lautete, wurden die durch die »Leninisten« überwundenen Gegner folgerichtig als rechts- oder linksopportunistisch verortet. Noch standen aber wichtige Auseinandersetzungen aus, bis diese Tendenz sich durchsetzen konnte. Bedeutende Vorentscheidungen fielen in einer Beratung des Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern im Januar 1924 mit einer Delegation der KPD, der alle drei Richtungen angehörten. Die Beschlüsse bereiteten einen Politikwechsel der Komintern vor, der sich als folgenschwer erweisen sollte. Die Einheitsfrontpolitik wurde auf eine leere Propagandaformel zur Gewinnung der sozialdemokratischen Anhängerschaft und als »Pseudonym« – also als Deckname – zur Täuschung des Gegners bzw. der zu gewinnenden Massen reduziert. Die Politik der

<sup>10</sup> *Geschichte der SED. Bd. 2: Von 1917 bis 1945. Berlin 1990. S. 276 (nicht veröffentlichte Druckvorlage).*



Komintern und ihrer Sektionen, die die Einheitsfront ernst genommen hatte, desavouierte Grigori Sinowjew mit der Bemerkung, daß es vielleicht legitim sei, »in der praktischen Agitation [...] nicht alles aus[zu]plaudern [...] Aber absolut ist die Arbeiterregierung nichts anderes als ein Pseudonym der Diktatur (des Proletariats) oder sie ist sozialdemokratische Opposition.«<sup>11</sup>

In diesem Zusammenhang fiel auch das schlimme Wort von der Sozialdemokratie, die »ein faschistischer Flügel geworden« sei. »Es ist eine faschistische Sozialdemokratie.«<sup>12</sup> Noch waren die Dimensionen der hier von Sinowjew entwickelten Ansätze der Sozialfaschismustheorie in ihren Konsequenzen nicht überschaubar. Dennoch wurde hier der Keim gelegt für eine unheilvolle Entwicklung, die über Jahrzehnte die antifaschistische Strategie der kommunistischen Bewegung desorientieren und entwerten sollte. Die Komintern-Führung stellte auf dieser Tagung auch die Weichen für die innerparteiliche Entwicklung der KPD. Im selben Referat würdigte Sinowjew Ernst Thälmann und Hermann Remmele als das »Beste und Kostbarste, was die deutsche Partei hat«. Er sprach von ihnen als vom »Gold der Arbeiterklasse«.<sup>13</sup>

Die Hagiographie von KPD- und SED-Geschichtsschreibung hat diese Lobpreisung häufig unter Tilgung des Autors Sinowjew und eines der Adressaten, Hermann Remmele, auf Ernst Thälmann zentriert. Noch war dessen Strahlkraft nach Ansicht der Komintern-Führung nicht hinreichend, ihn zum alleinigen Führer der KPD zu machen. Sinowjew strebte eine Führung der KPD an, in der sich die »Mittelgruppe« und die »Linke« die Macht teilen sollten. Das Protokoll gibt eine gemischte Reaktion wieder. »Pieck: Das war doch bisher schon. Warski: Eine gemischte, halb und halb. Thälmann: Ach, ausgeschlossen, unmöglich.«<sup>14</sup>

Wie die weitere Entwicklung zeigte, setzte die Komintern-Führung ihren Kurs zunächst durch. Den Zuwachs an Einfluß, den Ruth Fischer und Arcady Maslow durch diesen Kompromiß mit der »linken« Berliner Parteioorganisation gewannen, wollte Sinowjew tolerieren: »Man muß ein bißchen Geduld haben.« Pieck konterte: »Bis die Partei zersetzt ist.«<sup>15</sup>

11 [Geschlossener Brief des Präsidiums des EKKI an die Zentrale der KPD, 23. November 1923]. In: RCChIDNI. Fonds 95. Bestand 2. Mappe 23.

12 *Ebenda.*

13 *Ebenda.*

14 *Ebenda.*

15 *Ebenda.*

Der V. Weltkongreß der Komintern bestätigte im Sommer 1924 die wesentlichen Wertungen des Präsidiums vom Januar und verschärfte die Frontstellung zur Sozialdemokratie. Stalin unterstützte mit seiner berüchtigten Formulierung, Sozialdemokratie und Faschismus seien »keine Antipoden, sondern Zwillingsbrüder«,<sup>16</sup> die Sinowjewschen Positionen. Die Vertreter der nunmehr bereits als »Rechte« denunzierten Gruppierung hatten mit ihren z. T. profunden Analysen keine Chance mehr, auf dem Kongreß durchzudringen. In der KPD hatte sich mit dem Weltkongreß die »Linke« endgültig durchgesetzt. Ihre abenteuerliche Politik führte im Verlaufe der Jahre 1924/1925 zu dramatischen Verlusten. Der Masseneinfluß der KPD besonders unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern sank drastisch. Zwischen dem Herbst 1923 und dem Sommer 1925 halbierte sich die Mitglie­derzahl.

Als sich seit Anfang 1925 auch im Gefolge von Verschiebungen im Kräfteparallelogramm der russischen Parteiführung – Stalin begann sich nach der Niederlage Trotzki auf eine Zweckgemeinschaft mit Bucharin gegen Sinowjew zu orientieren – zeigte, daß die führende Gruppierung der KPD nicht in der Lage oder willens war, die Kursänderung mitzuvollziehen, begann sich die Komintern-Führung unter dem Einfluß Stalins zunehmend auf personelle Veränderungen in der KPD einzustellen. Die Politik der KPD verschloß sich 1925 in hohem Maße in fraktionellen Auseinandersetzungen.

Zum eigentlichen Bruch zwischen der sogenannten »Fischer-Maslow-Zentrale« und der Führung der Komintern kam es auf dem 10. Parteitag der KPD im Juli 1925. Der wohl entscheidende Grund für die Komintern- und RKP(B)-Führung, die Leitung der KPD auszuwechseln, war neben dem katastrophalen Niedergang des Einflusses der Partei auf die Massen die Tendenz der Fischer-Maslow-Gruppierung, sich vom Einfluß Moskaus vorsichtig abzusetzen.

Die Reaktion von Teilen der »links«-dominierten Delegierten des Parteitages auf die Forderungen Manuilskis, des Vertrauensmannes Stalins in der Komintern, in der geschlossenen Sitzung: »Hau ab! Geh nach Moskau!«, überschritten jede Toleranzgrenze. Manuilski kennzeichnete noch am 12. August 1925 während der Beratungen der Deutschen Kommission der Exekutive diese Szene erregt als »faschistische Stimmung«, für die Ruth Fischer persönliche Schuld trage.<sup>17</sup>

<sup>16</sup> J. W. Stalin: *Zur internationalen Lage*. In: J. W. Stalin: *Werke*. Bd. 6. Berlin 1952. S. 253.

<sup>17</sup> Siehe 2. Sitzung der Deutschen Kommission vom 12. August 1925. In: *Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR beim Bundesarchiv*. Berlin (im weiteren SAPMO). RY 5/1 6/10/57.

Nikolaj Bucharin hielt in seinem Referat auf dieser Tagung ein Scherbengericht über die Fischer-Maslow-Zentrale ab. Es waren jedoch nicht schwerwiegende politische Differenzen, die den Kern der unversöhnlichen Auseinandersetzungen ausmachten, sondern personelle und taktische Meinungsverschiedenheiten, unterschiedliche Optionen im Machtkampf in der RKP(B) und Bestrebungen der Führungsgruppe um Ruth Fischer und Arcady Maslow, größere Unabhängigkeit von Moskau zu gewinnen.

So war es in der Wahrnehmung der Konflikte aus der Sicht der weniger fraktionell involvierten »Linken« in der KPD schwer nachvollziehbar, worin der Kern des Konfliktes bestand. Der designierte neue erste Mann, Ernst Thälmann, sah so auch »keine Veranlassung« für die KPD, »den politischen Kurs zu ändern«.<sup>18</sup> Das war schon deshalb für ihn wichtig, da er den bisherigen Kurs als Vorsitzender des Zentralkomitees in zumindest formal leitender Position maßgeblich mitgetragen hatte. Ernst Thälmann wurde nicht – wie die Legende noch 1990 verkünden wollte – »zum Mittelpunkt der Kräfte, die ernsthaft darum rangen, den Leninismus zu meistern«<sup>19</sup>.

Politisch verblieb Ernst Thälmann von 1923 bis 1925 im Kielwasser von Ruth Fischer und Arcady Maslow, macht- und personalpolitisch hatte er jedoch eine Grundhaltung verinnerlicht, die von einer unerschütterlichen Loyalität zur Komintern und zur Sowjetunion gekennzeichnet war. In dieser Loyalität richtete sich Thälmann an den jeweils dominierenden Autoritäten aus. Als das Zentralkomitee der KPD am 1. September 1925 den in Moskau ausgehandelten Ergebnissen zustimmte und damit die neue Parteiführung bestätigte, ging es keineswegs – wie die letzte SED-Geschichte behauptet – den »entscheidende[n] Schritt, um alle rechts- und linksopportunistischen, antileninistischen Kräfte und Tendenzen zu überwinden«<sup>20</sup>. Die »Bildung des von Ernst Thälmann geleiteten stabilen revolutionären Führungskollektivs« war mitnichten »der wichtigste Einschnitt in der Entwicklung der Partei seit der Gründung der KPD«.<sup>21</sup> Auf Drängen der Komintern trennte sich die KPD von einer Führungsgruppe, ohne deren Politik grundsätzlich in Frage zu stellen.

18 *Ebenda.*

19 *Geschichte der SED. Bd. 2: Von 1917 bis 1945. Berlin 1990. S. 298 (nicht veröffentlichte Druckvorlage).*

20 *Ebenda. S. 311.*

21 *Ebenda.*

V.  
*Chancen für eine linke Realpolitik*  
*Die KPD in den Jahren 1925 bis 1928*

In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre gewann unter den Bedingungen einer relativ stabilen wirtschaftlichen Entwicklung auch für die KPD die Frage nach ihrem Platz innerhalb der Parteienlandschaft der Weimarer Republik größere Dringlichkeit. Was konnte, was sollte kommunistische Politik in einer Zeit bewirken, die für revolutionäre Umwälzungen keine Voraussetzungen und Bedingungen bot. Die Frage nach der Identität der Kommunisten stellte sich somit auf neue Art.

Ihre Beantwortung bot zwei Möglichkeiten: das unbedingte Festhalten an der revolutionären Attitüde und das Abdriften in die Isolation der reinen Propagandapartei. Die zweite Möglichkeit bestand in der Annahme der kapitalistischen Normalität der Weimarer Republik und in dem Versuch, sozialistische Politik in der bürgerlichen Gesellschaft zu wagen, ohne auf die Option der alternativen Gesellschaft zu verzichten.

Zwischen diesen Polen bewegte sich die Politik der KPD in jenen Jahren. Ihr beträchtliches Eigengewicht in der internationalen kommunistischen Bewegung bot der KPD mannigfaltige Möglichkeiten, die zu nutzen oder zu verspielen waren. Die »Politik der Konzentration« – so die Bezeichnung für die Einbeziehung von Vertretern der »Mittelgruppe« in die Parteiführung – bot Chancen für eine eigenständige Politik der KPD in der Weimarer Demokratie links von der SPD. Noch wurde die Parteidiskussion in hohem Maße dominiert von der Auseinandersetzung mit den als »ultralinks« apostrophierten Oppositionellen.

Mit der Kampagne zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten fand die KPD einen bemerkenswerten Ansatz für eine solche Realpolitik. Besonders Ernst Meyer profilierte sich gegen starke Widerstände von »links« zur zentralen Gestalt dieser Politik. Heinz Neumann und Hermann Remmele, zu dieser Zeit Vertreter der KPD beim Exekutivkomitee der Komintern, meldeten aber Bedenken an: »Politisch glauben wir, daß diese Gruppe nicht aus Bolschewiki besteht [...] Innerparteilich ist die Gruppe Meyer [...] belastet [durch die Verbindung] mit allen wirklich rechten brandleristischen Ele-

menten in der Partei.«<sup>22</sup> Neumann und Remmele verstanden ihren Brief an die Parteiführung, also zuvörderst an Ernst Thälmann, als »aufrichtige Warnung« von »Bolschewiki zu Bolschewiki«. In der Tat verstanden sich die Vertreter der »Mittelgruppe« wohl nicht als »Bolschewiki«. Es waren überwiegend erfahrene, in der Geschichte der deutschen Linken verwurzelte Kommunisten, die eine realistische, an den Tagesaufgaben orientierte Politik der Interessenvertretung der werktätigen Massen betreiben wollten. Ernst Meyer war neben Paul Frölich einer der entschiedensten Verteidiger der Traditionen der deutschen Linken und insbesondere Rosa Luxemburgs gegen die sektiererischen Attacken, die im »Luxemburgismus« die Quelle aller opportunistischen Abweichungen sahen. Der selbsternannte Bolschewik Heinz Neumann hatte sich seit 1924 nicht zuletzt mit der Entstellung der Geschichte der deutschen Linken profiliert.

Die KPD hatte es Ende 1925/Anfang 1926 vermocht, sich mit der Kampagne zur Fürstenenteignung aus der Isolierung, in die sie nach dem Oktober 1923 geraten war, partiell zu lösen. Die über 12 Millionen Stimmen beim Volksbegehren im März und mehr als 14 Millionen Stimmen beim Volksentscheid im Juni 1926 bezeugten trotz des verfehlten Ziels die Kraft einheitlicher Aktionen der Arbeiterbewegung, in Verbindung mit anderen demokratischen Kräften. Bemühungen der KPD, sich stärker dem flachen Land zuzuwenden, das agrarpolitische Programm vom 10. Februar 1926 steht dafür, und mit einer Bewegung für einen Kongreß der Werktätigen ein parteiübergreifendes Forum zur Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten, der Arbeitslosen, der Kriegs- und Inflationsopfer, der Intelligenz und der Bauernschaft zu schaffen, stehen für eine neue Öffnung der Partei hin zu einer breiten Massenpolitik. Noch werden allerdings die Kräfte in der KPD in starkem Maße durch die Auseinandersetzungen mit den ultralinken Gruppierungen gebunden. Der Schwachpunkt dieser Auseinandersetzung bestand darin, daß die führende Gruppe in der KPD, für die Ernst Thälmann stand, einerseits der Öffnung der Partei zu einer neuen Massenpolitik, wie sie insbesondere durch die Meyer-Gruppe eingefordert und betrieben wurde, zustimmte, andererseits selbst in ihrem Politikstil sektiererisch-fundamentalistischen Rastern verhaftet blieb. Auch der 11. Parteitag der KPD im März 1927 war durch diese Ambivalenz gekennzeichnet. So gewann zwar in seinem Ergebnis der realpolitische Flügel deutlich an Einfluß. Weitgehende Zugeständnisse waren jedoch der Preis für

22 [Heinz Neumann und Hermann Remmele an das ZK der KPD, 7. Juli 1926]. In: SAPMO. RY 5/1 6/3/185.

diesen Zuwachs an Einfluß. Das betraf insbesondere die nach wie vor starre und dogmatische Haltung zur Sozialdemokratie sowie die Verurteilung der angeblich opportunistischen Fehler der Politik der KPD, die zum Oktober 1923 geführt hätten.

In ihrer praktischen Politik engagierte sich die KPD mit zunehmendem Realismus in der Sozial- und Wohnungspolitik. Sie wandte sich auf kultur- und schulpolischem Gebiet gegen Vorstöße der Bürgerblockregierung.

All diese Schritte erforderten immer dringlicher ein geschlossenes Konzept, das programmatisch das Verhältnis von End- und Teilzielen bestimmte und die Partei in den aktuellen Tageskämpfen handlungsfähiger machte. Wurde doch vielfach jeder praktische Schritt der kommunistischen Kommunalpolitiker und Parlamentarier, wenn sie ihr Gremium nicht nur als »Tribüne« zur Propagierung der Weltrevolution nutzten, von dem starken fundamentalistischen Flügel der Partei als potentielle »Rechtsabweichung« oder »opportunistische Schweinerei« beargwöhnt.

Noch schienen jedoch – obwohl sich in Moskau das Kräfteparallelogramm der Macht erneut zu verschieben begann – die Chancen für eine realistischere Politik nicht gering zu sein. Mit Ernst Meyer und Arthur Ewert hatten zwei profilierte Vertreter eines realistischen Kurses starke Positionen in der Parteiführung gewonnen. Auf dieser Basis drängten sowohl »Rechte« als auch Vertreter der »Mittelgruppe« auf ein Aktionsprogramm, das verlässliche Richtlinien für eine flexible Massenpolitik bot.

Heinrich Brandler hatte bereits vor dem 11. (Essener) Parteitag einen Vorschlag für ein solches Aktionsprogramm formuliert, das Grundlage für entsprechende Vorschläge seiner Gesinnungsgenossen auf dem Parteitag war. Sie wurden abschlägig beschieden. Dennoch blieb die Forderung nach einem Aktionsprogramm in der Partei virulent. In den Debatten der Parteiführung im Mai 1927 wurden verschiedene Konzepte kontrovers diskutiert. Ernst Thälmann lenkte schließlich ein: »Vielleicht [...] fehlen uns im Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung außer dem Kampf um den Achtstundentag bestimmte Richtlinien über eine bestimmte konkrete Politik.«<sup>23</sup> Auf ihren Tagungen vom Juli und September 1927 führte das Zentralkomitee der KPD die Auseinandersetzungen um ein praktikables Konzept für eine kommunistische Massenpolitik unter den gegebenen Bedingungen fort. Dabei erwies sich immer wieder die Frage

23 [Protokoll der Tagung des ZK der KPD vom 5. Mai 1927]. In: SAPMO. RY 5/1 2/1/55.

nach dem Verhältnis zur Sozialdemokratie und insbesondere zu ihrem linken Flügel als Gretchenfrage kommunistischer Realpolitik. Unter ihrem Druck relativierte die Führung der KPD ihren schematischen Ansatz des 11. Parteitages, der in der Sicht gipfelte, die linke Sozialdemokratie sei der Hauptfeind. Besonders Jacob Walcher unternahm, ausgehend von seinem Arbeitsgebiet, der Gewerkschaftspolitik, immer neue Vorstöße. So wandte er sich gegen eine Politik, die voraussetzungslos die »Machtfrage« stellte. In dieselbe Richtung zielte ein Vorschlag der Bezirksleitung Großthüringen, die ein Aktionsprogramm forderte, um »die Verbindung zwischen Tageskampf und Endziellösungen bei der Mobilisierung der Werktätigen zum Kampf gegen die Vorherrschaft des Trust- und Monopolkapitals und den Bürgerblock planmäßig zu gestalten«.<sup>24</sup>

Das Zentralkomitee reagierte am 28. Oktober 1927 scharf ablehnend auf diesen Vorstoß. Die Abneigung des führenden Flügels der Parteispitze gegen ein Aktionsprogramm kam in der Befürchtung zum Ausdruck, daß »auf dem Wege sogenannter ›Übergangslösungen‹ die Beschlüsse des Essener Parteitages in opportunistischer Richtung ›ergänzt‹ werden sollen«.<sup>25</sup>

Ernst Thälmann hielt es für wichtig genug, über diese Debatten in einem persönlichen Brief vom 23. Oktober 1927 an J. W. Stalin zu berichten.<sup>26</sup> Daran ist auch bemerkenswert, daß sich offensichtlich schon eine direkte informelle Verbindung zwischen Thälmann und Stalin herausgebildet hatte, die am Vorsitzenden der Exekutive der Komintern, N. I. Bucharin, vorbeiging.

Ende 1927 trat die Parteiführung schließlich die Flucht nach vorn an und legte einen eigenen, maßgeblich von Joseph Winternitz erarbeiteten Entwurf eines Aktionsprogramms vor. Der Entwurf blieb in den wesentlichen Fragen, die in der Debatte um ein Aktionsprogramm gestellt worden waren, eine Antwort schuldig und ging zum Teil – so in der Kennzeichnung der Sozialdemokratie – sogar hinter bereits erreichte Positionen zurück. Der Manuskriptdruck mit dem Hinweis »Nur zur Verwendung für Mitglieder der Bezirksleitungen der KPD« wurde jedoch zurückgehalten und verblieb undiskutiert in einem kleinen Zirkel von Spitzenfunktionären. Die Vermutung liegt nahe, daß die sich deutlich ankündigende erneute »Linkswendung«

<sup>24</sup> Zit. in Erklärung des ZK der KPD zur Frage eines »Aktionsprogramms« mit »Übergangslösungen« vom 28. Oktober 1927. In: SAPMO. RY 5/I 2/3/7b.

<sup>25</sup> Ebenda. RY 5/I 2/3/7b.

<sup>26</sup> Siehe [Ernst Thälmann an J. W. Stalin vom 23. Oktober 1927]. In: SAPMO. RY 5/I 2/3/7b.

der Komintern selbst ein solches linientreues »Aktionsprogramm« als obsolet erscheinen ließ.

Zur selben Zeit veröffentlichte das Politbüro des Zentralkomitees der KPD die Überlegungen Heinrich Brandlers zu einem Aktionsprogramm aus dem Jahre 1927 (!), versehen mit einem umfangreichen kritischen Kommentar. Die beiden Plattformen ermöglichten den Vergleich der unterschiedlichen Politikkonzepte. Brandlers Gedanken kreisten um die tatsächlich entscheidende Frage, wie angesichts eines erstarkenden kapitalistischen Wirtschaftssystems wirksam revolutionäre Politik im Interesse der Massen betrieben werden könne. Dabei bewegte ihn besonders das schwierige Problem der schlüssigen Verbindung von Tagesforderungen und Systemtransformation.

Die Replik des Pol-Büros thematisierte diese entscheidende Frage gar nicht und griff auch die Argumente Brandlers nicht auf. Das Pol-Büro löste das Problem administrativ: »Genossen, die die falschen Auffassungen des Genossen Brandler zu einer Plattform entwickeln [...], müßten als eine opportunistische Gruppe bekämpft werden«<sup>27</sup>.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Erklärung fiel zusammen mit dem Abschluß des sogenannten »Geheimabkommens« zwischen der sowjetrussischen und der deutschen Delegation zum IX. Plenum der Exekutive der Komintern im Februar 1928, das einen neuen »Linkskurs« einleitete. Noch waren KPD und Komintern nicht auf den verschärften stalinistischen Kurs eingeschworen. Es waren starke Widerstände zu überwinden, und der Ausgang der Auseinandersetzungen war ungewiß. Für den historischen Betrachter, der um diesen Ausgang weiß, stellt sich dieses Ereignis um die Jahreswende 1927/1928 jedoch als Anfang vom Ende der nicht chancenlosen Entwicklung einer eigenständigen kommunistischen Politik in Deutschland dar.

247 Zit. nach Karl Hermann Tjaden: *Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO). Meisenheim am Glan 1964. S. 73.*



VI.  
*Die letzte Wende der KPD*  
*Das Ende des eigenständigen*  
*deutschen Parteikommunismus 1928/1929*

Es gehört zu den großen Themen der historischen Kommunismusforschung zu erklären, wie es am Ende der zwanziger Jahre zu jener abrupten erneuten ultralinken Wendung kommen konnte, die die kommunistische Weltbewegung auf ein Gleis rangierte, das sie trotz verzweifelter Vorstöße letztlich bis zu ihrem Scheitern nicht zu verlassen vermochte.

Um einen Erklärungsansatz zu finden, bedarf es eines Blickes auf die übergreifenden Entwicklungstendenzen der kommunistischen Weltbewegung zwischen 1927 und 1929. In dieser Zeit stellte sich für die kommunistischen Parteien und ihre Weltorganisation immer dringlicher die Frage nach dem Selbstverständnis und der Identität kommunistischer Politik. Es war dies letztlich die Frage nach der Möglichkeit revolutionärer Politik in einer nichtrevolutionären Zeit. Prinzipiell bestanden zwei Möglichkeiten, diese Frage zu beantworten: zum einen mit einer auf Teilziele orientierten Realpolitik, die mit Blick auf den Sozialismus erreichbare Ziele für die arbeitenden Massen in das Zentrum ihrer Bemühungen stellte, zum anderen die Orientierung auf einen abstrakten Revolutionarismus, der unter Verleugnung realer Kräfteverhältnisse das »Endziel«, die proletarische Revolution, propagierte. Es war diese Grundentscheidung, die vor den Komintern-Sektionen in der ganzen Welt unter ansonsten unterschiedlichsten Kampfbedingungen stand. Das Ringen um eine adäquate Antwort war das eigentliche Thema des VI. Weltkongresses der Komintern, der am 17. Juli 1928 eröffnet wurde.

Wie diese Antwort ausfallen würde, hing maßgeblich vom Ergebnis der Auseinandersetzungen innerhalb der WKP(B) ab. Der in der sowjetischen Parteiführung noch verdeckt geführte Fraktionskampf zwischen J. W. Stalin und N. I. Bucharin um das Tempo von Industrialisierung und Kollektivierung sowie um die dabei anzuwendenden Methoden war letztlich der Kampf gegen die Usurpation der sozialistischen Staatsmacht durch Stalin und eine Funktionärskaste, die Millionen Opfer als Preis für die Befestigung ihrer Macht nicht scheuten. Noch waren diese Konsequenzen nicht in aller Deutlich-

keit abzusehen und die Komintern noch nicht beliebig verfügbare Schwungmasse im macht- und außenpolitischen Kalkül Stalins.

Der Versuch Bucharins, Vargas, Togliattis und anderer im Vorfeld des VI. Weltkongresses der Komintern, zu einer realistischeren Analyse der Entwicklung des Weltkapitalismus zu gelangen, erschütterte das Paradigma von der unaufhaltsam heranreifenden Weltrevolution. Deshalb bezichtigten die Vertreter dieses Paradigmas Bucharin der Propagierung einer pessimistischen »Sumpfperspektive«. Bereits Anfang 1928 begann sich eine Konstellation herauszubilden, die auf dem VI. Weltkongreß und vor allem in seinem Gefolge zur erneuten ultralinken Wendung führte. Schon 1927 und verstärkt 1928 hatte sich bei mehreren kleinen Parteien Westeuropas (z. B. Großbritanniens und Österreichs) eine schärfere Politik gegenüber der Sozialdemokratie abgezeichnet. Auch in der KPD versuchten starke Kräfte, eine ähnliche Politik durchzusetzen.

Neben den innenpolitischen Auseinandersetzungen drängte auch die objektive politische und wirtschaftliche Lage zu einer klareren Profilierung kommunistischer Politik. Dies erforderten die sich verschärfenden Wirtschaftskämpfe ebenso wie die sich abzeichnende »Rechts«entwicklung der SPD, die im Juni 1928 mit dem sozialdemokratischen Kanzler Hermann Müller an der Spitze in eine Regierung der Großen Koalition eintrat. Damit wurde es für die KPD auch objektiv schwieriger, eine Politik der Aktionseinheit durchzusetzen. Gleichzeitig drängten wieder jene Kräfte in der Partei nach vorn, die in einer solchen Realpolitik seit jeher Rechtsopportunisten gewittert hatten.

Auf Betreiben des Thälmann-Flügels in der KPD-Führung kam es so bereits im Februar 1928 am Rande des IX. Erweiterten Plenums des Exekutivkomitees der Komintern zu einer Sondersitzung der Delegationen von WKP(B) und KPD, auf der in einem Abkommen eine neue strategische Orientierung mit Stoßrichtung gegen die Sozialdemokratie vereinbart wurde. Sowohl Stalin als auch Bucharin hatten sich für diese Linie ausgesprochen. Falls dieses Verhalten Bucharins taktischen Überlegungen geschuldet war, so erwiesen sie sich als falsch. Auch Arthur Ewert und Gerhart Eisler beugten sich dem Druck der Mehrheit der deutschen Delegation um Ernst Thälmann.

War es schon bezeichnend, daß eine ganze Denkrichtung in der Partei erneut als »rechte Gefahr« an den Pranger gestellt wurde, so erwies es sich langfristig als noch verheerender, daß auch die »Duldbarkeit« gegenüber solchen Ansichten als falsch bezeichnet wurde. Das hatten die später als »Versöhnler« gebrandmarkten Funktionäre

in der KPD-Führung nicht bedacht. Lediglich Clara Zetkin, die aus guten Gründen auf ihre Teilnahme an dieser Beratung gedrängt hatte, verweigerte ihre Unterschrift und kennzeichnete die Beratung als einen »wohlvorbereiteten Überfall, nichts als Kulisse für eine fix und fertige Abmachung«. Die Resolution werde »die verhängnisvollsten Wirkungen haben«<sup>28</sup>. August Thalheimer sah in dem »Geheimabkommen« das Ende der Politik des »Offenen Briefes« (1925). »Es beginnt [...] ein ausgesprochener Linkskurs.«<sup>29</sup>

Dieses auch im Alltag der Komintern ungewöhnliche Vorgehen zweier Sektionen der Weltorganisation, keine international besetzte Kommission zur Untersuchung der Zustände in Komintern-Sektionen einzusetzen und außerdem Beschlüsse von strategischer Bedeutung vor der Mitgliedschaft der KPD geheimzuhalten, ging nicht auf. Schon wenige Wochen nach der Unterzeichnung druckten linkskommunistische Zeitungen wie »Fahne des Kommunismus« und »Volkswille« das Dokument im Wortlaut ab.<sup>30</sup>

Als es wenige Wochen vor dem VI. Weltkongreß der Komintern zum erwarteten Amtsantritt der Regierung der Großen Koalition in Deutschland kam, fühlten sich die Vertreter eines verschärften Kurses gegen die Sozialdemokratie in der KPD in ihren Positionen bestätigt. Für Stalin war mit der SPD die am stärksten auf die Westmächte orientierte deutsche Partei wieder in der Regierungsverantwortung. Darin sah er eine wachsende außenpolitische Gefährdung der Sowjetunion. Andererseits erleichterte diese Koalition seinen innenpolitischen »Links«kurs.

Es war für den Stalin-Flügel in der WKP(B) zu dieser Zeit nicht unerheblich, sich der Unterstützung der in der Komintern außerordentlich stark präsenten KPD zu versichern. Auch deshalb war eine Unterstützung der Führungsgruppe um Thälmann, Neumann und Remmele, die auf Konfrontation mit der Sozialdemokratie setzten, ebenso in seinem Interesse wie die Zurückdrängung und Ausschaltung der »Versöhnler« um Arthur Ewert, Ernst Meyer, Hugo Eberlein oder Georg Schumann und der »Rechten« um August Thalheimer und Heinrich Brandler, die politisch und teils auch persönlich Bucharin nahestanden.

28 Zit. nach Hermann Weber: *Die Wandlungen des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*. Bd. 1. Frankfurt am Main 1969. S. 192.

29 *Ebenda*.

30 *Siehe Der angebliche Linkskurs der KPD*. In: »Volkswille«. Suhl vom 6. April 1928 (Nr. 83).

Trotz der Vorentscheidung des IX. EKKI-Plenums zugunsten eines sektiererischen »Links«kurses erwiesen sich die realistischen Kräfte in der Komintern noch als stark genug, den Linksruck in den Entscheidungen des VI. Weltkongresses durch Kompromißformeln abzumildern.

Die eigentliche Ausrichtung der Komintern-Sektionen auf den neuen Kurs erfolgte erst mit der geschickt inszenierten »Auswertung« der Beschlüsse des Kongresses und der Durchsetzung der personellen Konsequenzen, dem Ausschluß und der Verdrängung der »Rechten« und »Versöhnler« in allen Sektionen.

Zentraler Streitpunkt wurde die Interpretation einer neuen Entwicklungsetappe des Weltimperialismus. Aus der augenscheinlichen Fähigkeit der entwickelten kapitalistischen Länder zu rascher Produktivkraftentwicklung und zur Meisterung neuer technischer Herausforderungen sowie aus der Widersprüchlichkeit dieser Entwicklungstendenzen wurden nur äußerlich völlig entgegengesetzte Schlußfolgerungen gezogen. Die dem »Links«kurs zuneigenden Funktionäre betonten, daß die zeitweise Stabilisierung des Kapitalismus nicht fester, sondern faulender, schwankender geworden sei. Aus dieser Sicht war es nur folgerichtig, von gewachsenen Aussichten für einen baldigen radikalen Umschwung der gesellschaftlichen Verhältnisse in diesen Ländern auszugehen.

Anders die Minderheit der »Versöhnler« um Arthur Ewert, die in einem zusammenfassenden Positionspapier betonten: »Die Mehrheit des ZK anerkennt den Krieg in China, die Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion, die Radikalisierung des Proletariats, die Linksbewegung usw. [...], aber die andere Seite dieses Prozesses, die die Zuspitzung der Widersprüche bedingt, ›das rasche Vorwärtsschreiten der Wirtschaft‹, *d. h. die ökonomische Erstarkung der gegenwärtigen Basis der relativen Stabilisierung und damit der politischen Macht der Bourgeoisie*, das will sie nicht sehen, denn das paßt nicht in die Politik der radikalen Phrase hinein, mit der die Mehrheit des ZK die faktische Revision der Analyse der Weltlage durch den Kongreß zu übertönen versucht.«<sup>31</sup>

Mit Schärfe und Erbitterung wurde selbst um Nuancen in der Einschätzung der strategischen Ausgangsposition gestritten. Standen dahinter doch die tatsächlichen Differenzen und unterschiedlichen Politikansätze. Demonstrativ herausgestellt wurde dagegen durch alle Richtungen das Bekenntnis zu solchen Glaubensgrundsätzen des

31 Über die Meinungsverschiedenheiten bei der Durchführung der Beschlüsse des VI. Weltkongresses. In: SAPMO. RY 5/1 6/10/23 (Hervorheb. im Original).

damaligen Kommunismus wie der Überzeugung vom irreversiblen Niedergang des Kapitalismus und der damit verbundenen Negation der geschichtlichen Daseinsberechtigung der Sozialdemokratie. So konterte etwa August Thalheimer im Oktober 1928 einen ihn als Verräter verleumdenden Artikel in der »Roten Fahne« mit dem Bekenntnis: »Ich bin heute mehr denn je der Meinung, daß die Sozialdemokratie zerschmettert am Boden liegen muß, wenn die proletarische Revolution in Deutschland, wenn der Kommunismus siegen soll. Mein Kampf in der Partei gilt einem Kurs und einer Führung, die objektiv der Sozialdemokratie ebenso in die Hände arbeitet, wie dies die Führung unter Maslow und ihr Kurs getan hat.«<sup>32</sup>

Mit den Beratungen einer Sonderkommission beim Exekutivkomitee der Komintern Ende 1928, die den Ausschluß führender »rechter« Funktionäre zum Ziel hatten, fielen weitreichende Entscheidungen. Auch die »Versöhnler« kämpften nun nur noch mit dem Rücken zur Wand. In den Beratungen kam man zwangsläufig nicht umhin, die Lage in der KPD insgesamt zu beleuchten und zu bewerten.

Noch hielt es Stalin höchstselbst für notwendig, in den Leitungsorganen der Komintern die Weichen zu stellen. Und es ging schon nicht mehr nur um die deutsche Partei. Als der Schweizer Kommunist Jules Humbert-Droz ähnlich wie die deutschen »Versöhnler« die stabilisierenden Momente der Entwicklung des Weltkapitalismus betonte, griff ihn Stalin in einer Rede vor der Deutschen Kommission des EKKI am 19. Dezember 1928 scharf an und bezichtigte ihn der »Revision der marxistischen Auffassung«, mit der er sich »als feiger Opportunist« erweisen würde. Unverhüllt drohte Stalin, daß diese Position »nicht ohne Folgen für ihn bleiben wird.«<sup>33</sup> In der Tat wurde Humbert-Droz wie auch der Italiener Sierra wenig später aus den Führungsgremien der Komintern verdrängt.

Wiederum war es Clara Zetkin, die in der gleichen Sitzung, in dieser scheinbar aussichtslosen Atmosphäre, mit ungebrochenem Mut ihre abweichende Meinung offen äußerte und als einzige gegen den Ausschluß der »Rechten« stimmte.

Diese tragische Entwicklung, die der kommunistischen Bewegung erneut kreatives Potential entzog, war in der KPD durch die »Wittorf-Affäre« zusätzlich zugespitzt, beschleunigt und letztlich von der Stalin-Fraktion international zur Disziplinierung der Komintern-Sektionen genutzt worden. Ernst Thälmann hatte der Parteiführung seit

32 [Erklärung August Thalheimers, Oktober 1928]. In: SAPMO. RY 5/1 6/3/79.

33 Sitzung der Deutschen Kommission des Präsidiums des EKKI vom 19. Dezember 1928. In: SAPMO. RY 5/1 6/10/20.

Mai den Korruptionsfall des Hamburger Bezirkssekretärs verschwiegen. Da Wittorf im März und im Juni auf Tagungen des Zentralkomitees als exponierter Vertreter einer »linken« Wende aufgetreten war und scharfe Angriffe auf die Gruppe um Ewert und Eisler vorgetragen hatte, mußte die Vertuschung eines solchen Skandals über einen so langen Zeitraum nicht nur aus moralischen Gründen auf Empörung und Kritik stoßen. Auf der Tagung des Zentralkomitees vom 26./27. September 1928 nutzten die oppositionellen Kräfte diese Affäre zu einem prinzipiellen Vorstoß gegen Ernst Thälmann und die von ihm verkörperte Linie eines neuen »Links«kurses.

Doch nicht nur das eklatante Fehlverhalten Thälmanns stand zur Debatte, sondern auch der Vorwurf genereller Führungsschwäche. Das ZK beschloß mit großer Mehrheit die Ablösung Thälmanns bis zur endgültigen Klärung des Falles durch die letztlich zuständigen Instanzen der Komintern.

Auf der September-Tagung des ZK der KPD hatte Thälmann selbstkritisch bekannt: »[...] daß die Angelegenheit selbst eine so ungeheure Auswirkung hatte, trifft mich in erster Linie. Das Schweigen in dieser Angelegenheit war nicht nur ein politischer Fehler, sondern kann auch ausgelegt werden als Duldung von Korruption, was in der Partei zu unmöglichen Konsequenzen führen kann.« Thälmann erklärte seine Bereitschaft, jede Entscheidung der zuständigen Komintern-Organe zu seiner Person zu akzeptieren.<sup>34</sup> Wenige Tage später, als in Moskau der »Fall Thälmann« verhandelt wurde, hatte sich der Wind schon gedreht, und auch Thälmanns Selbstkritik war nun gepaart mit Gegenangriffen. Seinen Kritikern unterstellte er »fraktionelle Boshaftigkeit«, die zumindest das lange Schweigen rechtfertige.<sup>35</sup>

Wie auch immer, das ZK der KPD hatte mit seiner ursprünglichen Resolution über das sofortige Ruhen aller Parteiämter des Vorsitzenden durchaus in Übereinstimmung mit Meinungen an der Basis, gerade auch in Hamburg, gehandelt. So beharrten die Straßenzellen 692 und 693 des Stadtteils H, entgegen der Revision des ursprünglichen ZK-Beschlusses, auf der Funktionsenthebung Thälmanns und auf einer offenen Debatte über den Korruptionsfall selbst in der Parteimitgliedschaft,<sup>36</sup> was von »oben« auch diesmal tunlichst abgeblockt wurde. Die künftige Geschichtsschreibung wird zu untersu-

34 Siehe Rede Ernst Thälmanns vor dem ZK der KPD, 25. September 1928. In: SAPMO. RY 5/1/62.

35 Siehe Sitzung der Deutschen Kommission des Präsidiums des EKKI vom 2. bis 4. Oktober 1928. In: SAPMO. RY 5/1 6/3/77.

36 Siehe [Informationsmaterial des ZK der KPD]. In: SAPMO. RY 5/1 6/3/177.

chen haben, ob dieser Versuch, eine Änderung in der Parteiführung herbeizuführen, nicht die letzte Chance für einen alternativen nicht-stalinistischen Kurs der KPD war. Dieser Versuch scheiterte am Eingreifen der Komintern – und damit Stalins – sowie an der Unentschlossenheit der Mehrheit des ZK: 25 Mitglieder zogen bis zum 5. Oktober ihre Zustimmung zur Ablösung Ernst Thälmanns zurück, ein einmaliger Vorgang in der Geschichte einer deutschen Arbeiterpartei. Am 6. Oktober sprach das Präsidium des Exekutivkomitees der Komintern Ernst Thälmann sein volles Vertrauen aus.

Der Auseinandersetzung um Thälmann folgte noch im selben Monat der Beginn einer »Säuberung« des Zentralkomitees von »Rechten« und »Versöhnlern«. Bis Ende 1928/Anfang 1929 wurde dieser Prozeß in der gesamten Partei vorangetrieben, mit dem Ergebnis, daß fähige und erfahrene Funktionäre und Mitglieder der KPD aus der Partei oder an ihren Rand gedrängt wurden.

Die Art und Weise, wie diese Politik durchgesetzt wurde, zeugt davon, daß von innerparteilicher Demokratie in der KPD keine Rede mehr sein konnte. In Thüringen und Schlesien nahm man in Kauf, die Mehrheit der Funktionäre und viele Anhänger zu verlieren. Im deutschen Abbild einer stalinistischen Partei bestimmten Ende 1928 Vorgehensweisen und Verhaltensmuster den Alltag, die zwar formal dem Statut widersprachen, insgesamt aber ohne nennenswerten Widerstand durchgesetzt werden konnten. Die KPD-Führung gestaltete den Prozeß der Durchsetzung und Behauptung dieses »neuen Kurses« durchaus »schöpferisch« mit. Bei allem Druck aus Moskau: Die totale Fernsteuerung ist eine Legende. Diese Auseinandersetzungen um den Parteivorsitzenden und um die Grundrichtung der Politik der KPD insgesamt spiegelten einen sich später als irreversibel erweisenden Prozeß des Niedergangs der innerparteilichen Demokratie und der Selbstbestimmtheit kommunistischer Politik in Deutschland wider. Insofern ist die »Wittorf-Affäre« weit mehr als einer der vielen Korruptionsskandale der Weimarer Zeit. Der Umgang von Komintern und KPD mit diesem Skandal steht als Beispiel für die zunehmende Fremdsteuerung der Partei. Die Wittorf-Affäre wurde gleichsam zum Sündenfall der KPD. Mit der Rücknahme ihres Beschlusses über die Amtsenthebung Thälmanns begab sich die Führung der KPD in die Hände der dominierenden Stalin-Fraktion in der WKP(B). Thälmann geriet damit endgültig in die Abhängigkeit von Stalin und seiner Politik.

Die SED-Geschichtsschreibung feierte dagegen bis zuletzt diesen Vorgang als Abwehr des »letzte[n] ernste[n] Versuch[es], die Ent-

wicklung der KPD als marxistisch-leninistische Kampfpartei in Frage zu stellen«. <sup>37</sup>

Tatsächlich entledigte sich die KPD im Verlaufe des Herbstes und Winters 1928/1929 des größten Teils der Funktionärselite, der die KPD gegründet und in ihren ersten Jahren geleitet hatte. Es war dies nach dem Ausscheiden der Levi- und der Reuter-Friesland-Gruppen auf der einen und der Fischer-Maslow-Gruppe sowie der Kräfte um Korsch, Rosenberg, Scholem und Urbahns auf der anderen Seite der letzte große Exodus aus der KPD.

Der Verlust ging weit über die zwei bis drei Prozent der Parteimitglieder hinaus, die sich im Gefolge einer Reichskonferenz am 30. Dezember 1928 als KPD(Opposition) organisierten. Es gehört zu den tragischen Kapiteln der Geschichte des deutschen Kommunismus, daß es nicht gelang, die nach dem Oktober 1923 auseinanderdriftenden Kräfte der damaligen »Mehrheit« in der Parteiführung unter den sich verändernden Bedingungen des Klassenkampfes wieder zusammenzuführen.

Die Entscheidung der führenden Köpfe der »Mittelgruppe« um Arthur Ewert, Ernst Meyer, Gerhart Eisler oder Georg Schumann, sich von den »Rechten« um Heinrich Brandler und August Thalheimer zu distanzieren, sich jedoch gleichzeitig für ihre Wiedereingliederung in die deutsche Partei einzusetzen, war zwiespältig. Sie trug ihnen in historisch ungenauer Analogie zur russischen Parteigeschichte den semantisch nicht unzutreffenden Titel »Versöhnler« ein. Ihre teils tatsächliche, teils taktische Distanz zu den »Rechten« führte dazu, daß es die nunmehr Stalin-dominierte Führung der Komintern vermochte, die »Rechte« aus der Komintern hinaus- und die »Versöhnler« an ihren Rand zu drängen.

Ein tief verinnerlichtes Parteiverständnis, das in der Zugehörigkeit zur kommunistischen Weltpartei die unerläßliche Voraussetzung revolutionären Handelns sah, trug dazu bei, nicht den Schritt des Bruches mit der KPD und der Komintern zu gehen.

Georg Schumann, Pol-Leiter der Bezirksorganisation Westsachsen, brachte dieses Parteiverständnis auf den Punkt. Nach einer durch die »Thälmannsche Parteiführung« inszenierten Kampagne zur Absetzung des »Versöhnlers« Georg Schumann antwortete dieser auf die Frage des Exekutors des Pol-Büros Hermann Remmele, ob er bereit sei, die Bezirksorganisation auch nach seiner Absetzung durch die Bezirksleitung bis zum einberufenen außerordentlichen Bezirkspar-

<sup>37</sup> *Geschichte der SED. Bd. 2: Von 1917 bis 1945. Berlin 1990. S. 418 (nicht veröffentlichte Druckvorlage).*



teitag weiter zu führen, mit dem bemerkenswerten Credo: »Auf die Ausführungen des Gen. Remmele habe ich zu erwidern, daß es für uns gilt, unbedingt bei der Partei zu bleiben und für die Partei zu arbeiten.«<sup>38</sup> Die Unterordnung unter die nunmehr in der KPD dominierende Stalin-Fraktion Thälmann, Neumann, Remmele erwies sich als tragischer Irrtum.

38 [Protokoll der Sitzung der Bezirksleitung West-Sachsen der KPD vom 4. Januar 1929]. In: SAPMO. RY 5/1 3/10/114.

## VII.

### *Der Sturz in die Krise*

#### *Die KPD und die Weltwirtschaftskrise*

Der 12. Parteitag der KPD (9.–15. Juni 1929) bestätigte den Erfolg der von Stalin gestützten Führungsgruppe Thälmann, Neumann, Remmele, er bestätigte die erneute »Links«-wendung der KPD, die in der Sozialfaschismusthese und der Erklärung der linken Sozialdemokratie zum gefährlichsten Gegner ihren Ausdruck fand. Dieser Kurswechsel wurde begründet mit den heranreifenden revolutionären Kämpfen, die sich aus der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus und der wachsenden Kriegsgefahr, der Vorbereitung eines imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion ergeben würden. Die Sozialdemokratie sei die führende Kraft der Kriegsvorbereitung.

Mit dieser grundfalschen Orientierung führte die KPD die Vielzahl realistischer, an den Interessen der Massen orientierten Maßnahmen im Umfeld des Parteitages ad absurdum. Die KPD(Opposition) reagierte verbittert auf den Parteitag. Es wurde das, »was die Partei sich in mühevoller Arbeit aus Niederlagen und Erfolgen erkämpfte, [...] aufgegeben«.<sup>39</sup>

Die Differenz dieser authentisch kommunistischen Sichtweise zur linksfundamentalistischen Position der KPD-Führung wurde besonders deutlich in der Analyse des kapitalistischen Systems. Zu Recht kennzeichnete die KPD(O) die Thesen des 12. Parteitages als »klassisches Dokument für eine revolutionäre Illusionspolitik, für die Politik der revolutionären Phrase« befunden.<sup>40</sup> Der 12. Parteitag schloß die Verbindung zur Frühgeschichte des deutschen Kommunismus ab. Er stellte inhaltlich und personell den Bruch mit der Partei Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts, Paul Levis, Heinrich Brandlers und August Thalheimers dar. In ihrer Führung und ihrem Apparat hatte sich die KPD endgültig auf den Kurs der von Stalin dominierten WKP(B)-Führung eingeschworen.

In der Komintern beendete das X. Plenum der Exekutive, das vom 3. bis 19. Juli 1929 tagte, die letzten Reste eines demokratischen Diskurses. Die platte Attitüde vom revolutionären Aufschwung, die Beschwörung der imperialistischen Kriegsgefahr und der Bedrohung

<sup>39</sup> *Linkes Liquidatorentum*. In: »Gegen den Strom«. Organ der KPD(Opposition). Berlin vom 17. Juni 1929 (Nr. 25/7). S. 3.

<sup>40</sup> *Ebenda*.

der Sowjetunion beherrschten den Grundton. Die Verdrängung der »Rechten« und der »Versöhnler«, die in allen Sektionen der Komintern vom Nordpol bis nach Südamerika ausgemacht wurden, führte zu einer verheerenden Gleichschaltung.

An die Stelle nüchterner Analyse trat die Beschwörung des Heranreifens der revolutionären Krise, deren Tempo lediglich von den Sozialfaschisten, insbesondere von ihrer schlimmsten Spielart, den linken sozialfaschistischen Führern, behindert wurde.

Gleichzeitig forcierte die KPD im Verlaufe des Jahres 1929 ihre Auseinandersetzung mit der NSDAP. Sie stemmte sich der rechtskonservativen und faschistischen chauvinistischen Welle entgegen, die die Reparationsfrage im Zusammenhang mit dem Young-Plan zum Anlaß nahm, nationalistische Ressentiments zu schüren. Ihre Stellungnahme (Resolution des Zentralkomitees vom Oktober 1929) bezeugte jedoch das Dilemma, in das sich die Partei durch ihre Fixierung auf das weltrevolutionäre Dogma und den »Hauptfeind« Sozialdemokratie manövriert hatte.

Die Forderung Ernst Thälmanns, »den revolutionären Kampf gegen den Faschismus weit mehr in den Vordergrund zu stellen«,<sup>41</sup> mußte Makulatur bleiben, wenn gleichzeitig in der Resolution des Zentralkomitees festgestellt wurde: »Die Kommunistische Partei steht beiden Lagern der bürgerlichen Reaktion mit gleicher Todfeindschaft gegenüber. Sie ficht den unerbittlichen Kampf sowohl gegen den faschistischen Rechtsblock wie gegen den sozialfaschistischen Koalitionsblock.«<sup>42</sup>

Immer wieder wurde der radikale Antifaschismus der KPD durch den inflationären und fehlgeleiteten Faschismusvorwurf gegen nahezu alle politischen Gegner und Konkurrenten geschwächt und entwertet. Die Politik der KPD in der Endphase der Weimarer Republik wurde durch diese Dichotomie des Faschismusbegriffs geprägt. Die taktischen Wendungen, in denen das Schwergewicht der Auseinandersetzung mit National- und Sozialfaschismus variierte, änderten nichts an der katastrophalen Axiomatik von KPD und Komintern, nach der die SPD stets auf seiten der Gegner verblieb. Selbst ein Defensivbündnis gegen die NSDAP war nach dieser Strategie chancenlos. Jedoch reduzierte sich der Antifaschismus der KPD nicht auf die Umsetzung der »Generallinie« des Zentralkomitees und der Exekuti-

41 Ernst Thälmann. In: »Die Rote Fahne«. Berlin vom 27. Oktober 1927.

42 Resolution der Tagung des ZK der KPD am 24. und 25. Oktober 1929 über den Kampf gegen den Young-Plan. In: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. Bd. VIII: Januar 1924 – Oktober 1929. Berlin 1975. S. 908.

ve der Komintern. Die Verankerung der Mitglieder der KPD und ihrer Sympathisanten in den Substrukturen ihres Milieus, die gemeinsamen Wurzeln der kommunistischen und der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, ein daraus abgeleitetes Grundverständnis der Frontstellungen und des Feindbildes von der »Reaktion« sperrte sich gegen die »Generallinie« und speiste den häufig theoretisch unreflektierten Drang der Basis nach gemeinsamer Aktion gegen den tatsächlichen Hauptfeind Faschismus.

Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise Ende 1929/Anfang 1930, mit dem der Aufschwung der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre abrupt beendet wurde, schien den Krisentheoretikern der Komintern Recht zu geben. In der Tat entwickelte sich – ausgelöst durch den New Yorker »Börsenkrach« vom 29. Oktober 1929 – ein Szenario, das zum Sturz der Weltwirtschaft in die längste und verheerendste Wirtschaftskrise in der Geschichte des Kapitalismus führte. Die katastrophalen Folgen für die soziale Lage der Bevölkerung und den wirtschaftlichen Zustand der Staaten wirkten tief in Politik und Ideologie aller politischen Kräfte hinein.

Es kann nicht verwundern, daß die Partei, die ihre Existenz auf die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus gegründet hatte, den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise als glänzende Bestätigung ihrer Prognose begriff. Das rasch zunehmende Tempo der krisenhaften Entwicklung und ihre Tiefe schienen je länger desto mehr das Konstrukt der Dialektik von konjunkturellem Krisenzyklus und allgemeiner Krise, das für die Erklärung der »relativen Stabilisierung« des Kapitalismus notwendig war, entbehrlich werden zu lassen.

Die konjunkturelle Krise wurde als Beginn der irreversiblen Endkrise des Kapitalismus begriffen. Faschismus und Sozialfaschismus waren in dieser Sicht das letzte Aufgebot des Kapitalismus, seinen Absturz abzuwenden. Die beschleunigte Industrialisierung der Sowjetunion, die Schaffung einer starken metallurgischen Basis als Grundlage für die Modernisierung von Industrie, Landwirtschaft und Verkehrswesen, insbesondere aber für eine leistungsfähige Verteidigungsindustrie, erschienen bei Ausblendung des ruinösen Preises für eine solche Politik des »großen Sprungs« als überzeugende Alternative.

## VIII.

### *»Pflanzt einen Ziegelstein auf ihren Weihnachtsbaum« Zwischen Avantgardismus und proletarischer Fundamentalopposition. Die KPD Anfang der dreißiger Jahre*

Die KPD setzte Ende 1929 und Anfang 1930 auf eine rasche Zuspitzung der Klassenkämpfe. Sie versuchte, sich an die Spitze der Erwerbslosenbewegung zu stellen. Wie Fritz Heckert auf der Sitzung des Mitteleuropäischen Ländersekretariats des EKKI am 31. Dezember 1929 berichtete, gelang das nur mühevoll. Erst Weihnachten 1929 kam es zu größeren Demonstrationen. »Hier haben die Erwerbslosen die Parolen der Partei aufgegriffen: Demonstriert in den Quartieren der reichen Leute, pflanzt einen Ziegelstein auf ihren Weihnachtsbaum.«<sup>43</sup>

Vor der Partei stehe die Aufgabe, so Fritz Heckert, diese Bewegung weiter zu steigern durch »große ökonomische und politische Massenkämpfe«. Da jedoch in den »Betrieben [...] sich der Sozial- und Nationalfaschismus gegen unsere Genossen aus[-tobt], [...] werden [wir] Massenbewegungen nur auslösen können, wenn die Partei vollkommen intakt ist«. Eine »Generalkontrolle« der Partei, in der die Tätigkeit jedes Parteimitgliedes in der Partei und den Gewerkschaften geprüft werden sollte, stand deshalb auf dem Arbeitsprogramm des Monats Dezember. Der Anspruch, nach dem Beispiel der WKP(B) eine »Tschistka« durchzuführen, war deutlich. Wohl könne man »so etwas [...] erst machen nach der Eroberung der politischen Macht«. Dennoch war »an eine gewisse Reinigung [...] von solchen Elementen gedacht, die mit den Renegaten in Beziehung stehen«. Heckert sprach vor diesem internen Gremium Klartext: »Wir wollen alle rechten Elemente aus der Partei herausnehmen, also nicht nur leitende Funktionäre, sondern auch einfache Mitglieder.« Es wurde als unerträglich empfunden, daß bei Siemens oder in der Knorrbremse in Berlin die KPD-Organisation bei den Betriebsrätewahlen gemeinsame Listen mit den »berühmtesten Sozialfaschisten« aufstellte und sich weigerte, mit eigenen Listen anzutreten. »Es ist ganz klar –

43 [Protokoll der Sitzung des Mitteleuropäischen Ländersekretariats des EKKI vom 31. Dezember 1929]. In: SAPMO. RY 5/1 6/3/383.

so Heckert –, »daß solche Elemente aus der Partei herausgereinigt werden müssen.«<sup>44</sup>

In den mitteldeutschen Konsumvereinen wehrte sich die kommunistische Mehrheit, die Zusammenarbeit mit den Vertretern der Sozialdemokratie abzubrechen. Heckert: »Es ist ganz klar, daß man hier gründlich aufräumen muß [...] Solche Zustände sind in ungefähr 200 Ortsgruppen in Mitteldeutschland [...] Die Generalkontrolle muß mit sich bringen, daß der Funktionsapparat umgestülpt wird.«<sup>45</sup>

Tonlage und Diktion dieser Äußerungen sind kennzeichnend für den neuen Stil, der sich als der dominierende in der KPD durchsetzte: die totale Übernahme des durch Stalin hypertrophierten bolschewistischen Avantgardeprinzips, das gekennzeichnet war durch die Dominanz der Apparatbürokratie, die Ausschaltung der innerparteilichen Demokratie und den Ersatz theoretischer Diskussionen durch generalstabsmäßig durchgeführte Kampagnen. »Generalkontrolle«, die »Herausnahme« und die »Herausreinigung« der »rechten« Elemente, die »Umstülpung« des Funktionsapparates waren semantische Insignien für die Militanz und Militarisierung der kommunistischen Bewegung, die seit 1929 eine neue Qualität gewannen. Nicht mehr Diskussion und Konsensbildung charakterisierten den innerparteilichen Umgang, sondern der »Parteibefehl«, die »Parteikommandierung«.

In dem Maße, in dem die KPD zunehmend eine Partei von Arbeitslosen wurde, wirkte dieser Stil der Entindividualisierung und Militarisierung auch über den sich als Avantgarde begreifenden Apparat hinaus auf die Parteibasis. Überwiegend patriarchalisch erzogen und durch das traumatische Erlebnis des Ersten Weltkrieges geprägt, bot eine hierarchisch strukturierte, militärische Formen kopierende Partei, die dem damals weitverbreiteten Führerkult ihren Tribut zollte, Halt und Stütze. Der mit beruflichem Abstieg oder gar der Arbeitslosigkeit verbundene Autoritätsverlust und schwindendes Selbstbewußtsein trugen dazu bei, daß in der KPD wie auch – mutatis mutandis – in anderen Parteien, die Akzeptanz autoritärer Strukturen und die Bereitschaft, in diesen Strukturen mitzuwirken, anwuchsen. Die systematische Ausgrenzung kritischen Potentials bewirkte ein weiteres. Insofern besagen die Anfang der dreißiger Jahre wieder deutlich wachsenden Mitgliederzahlen wenig über die tatsächliche Aktionsfähigkeit der Partei. Sank doch das durchschnittliche »Parteialter« bis zum Ende der Weimarer Republik auf etwa zwei Jahre.

44 *Ebenda.*

45 *Ebenda.*

Gleichzeitig wuchs die Fluktuation sprunghaft. Ein Großteil der in die KPD drängenden Arbeiter und kleinen Angestellten wurde organisatorisch kaum erfaßt und verließ die KPD nach kurzer Zeit in der Suche nach Alternativen. Zwangsläufig wuchs damit die Macht des über die Komintern von Moskau finanzierten Apparates.

Die Linie, die verstärkt seit dem 12. Parteitag der KPD und der Zehnten Tagung der Exekutive der Komintern verfolgt wurde, erwies sich jedoch als wenig erfolgreich. Seit der Jahreswende verstärkten sich die Gegenstimmen. Sie wurden zunächst massiv zurückgedrängt.

Es war wiederum Fritz Heckert, der als Leiter der deutschen Vertretung beim EKKI gemeinsam mit dem führenden Komintern-Funktionär Gusew in einem Brief an das Sekretariat des ZK der KPD vom 20. Januar 1930 einen Generalangriff gegen relativierende Positionen der Redaktion »Rote Fahne« führte. Kernpunkt war die »Beurteilung der Rolle des Sozialfaschismus bei der Durchführung der faschistischen Diktatur«. <sup>46</sup> Gegen eine differenzierende Betrachtung der Positionen der Vertreter der Sozialdemokratie und der bürgerlich-konservativen Kräfte machte die Komintern geltend, »daß die Regierung Müller-Severin eben eine Regierung der faschistischen Maßnahmen, eine Regierung zur Durchführung der faschistischen Diktatur ist«. <sup>47</sup> Im Februar 1930 schlug Paul Merker in dieselbe Kerbe. Die »Rote Fahne« hatte unter dem Titel »SPD-Betriebsrat gegen SPD« über Differenzen innerhalb der SPD berichtet und formuliert: »Wir fordern die SPD-Arbeiter zur Diskussion auf.« Dies stünde, so Paul Merker, »vollständig unserer allgemeinen Linie entgegen. Unsere Aufgabe besteht angesichts der wachsenden Klassengegensätze und der im schnellen Tempo herannahenden großen Klassenkämpfe beziehentlich (gemeint ist wohl bezüglich – der Verfasser) der SPD-Funktionäre und der SPD-Arbeitermitglieder in der rücksichtslosen Aufrollung ihrer konterrevolutionären Rolle [...] Und diese konterrevolutionäre Rolle spielen sie solange, bis sie organisatorisch mit der sozialfaschistischen Partei gebrochen und den Kampf gegen sie aufgenommen haben [...] Es ist unmöglich, ein ehrlicher Arbeiterfunktionär und gleichzeitig ein Mitglied der SPD zu sein.« <sup>48</sup> Auf Betreiben Merkers wurde diese Position durch einen Beschluß des Pol-Büros vom 14.

46 [Schreiben von Fritz Heckert und S. I. Gusew, 20. Januar 1920]. In: SAPMO. RY 5/I 6/3/208.

47 Ebenda.

48 Paul Merker an das ZK der KPD, ohne Datum [Februar 1930]. In: SAPMO. RY 5/I 6/3/207.

Februar 1930 zum Standpunkt der Parteiführung.<sup>49</sup> »Ganz besonders gefährlich«, so hieß es in der Resolution, »ist jedes Zugeständnis an die brandleristisch-versöhnlerische Auffassung, als bestünde ein prinzipieller Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Faschismus.«<sup>50</sup> Doch schon die Tagung des Erweiterten Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern vom 18. bis 28. Februar 1930 leitete eine Kurskorrektur ein. Einheitsfront »von unten« schien zumindest wieder denkbar. Auf der Sitzung der deutschen Kommunisten des EKKI im Rahmen dieser Tagung sperrte sich Thälmann gegen den Kurs von Losowski und Merker auf eine kommunistische Parallelgewerkschaft.<sup>51</sup> Auf der Tagung des Zentralkomitees am 20./21. März 1930 kamen die Gegensätze schließlich offen zum Austrag.

Die extremsten Zuspitzungen der konfrontativen Politik gegenüber der Sozialdemokratie wurden zurückgenommen. Paul Merker verlor am 6. April seine Funktionen in der Parteiführung. Die Gründe für den taktischen Kurswechsel waren vielfältig. Der abnehmende Masseneinfluß der KPD und ihre zunehmende Isolierung waren sicher nicht unwichtig. Bedeutsamer war aber zweifelsohne die Tatsache, daß mit der Krise der Regierung der Großen Koalition und ihrer Ablösung durch das Kabinett Brüning eine neue Kräftekonstellation entstand, in der die frontale Konfrontation mit der Sozialdemokratie keinen Platz hatte. Schließlich wirkte auch die vorübergehende Rücknahme des harten Kurses der Kollektivierung und des damit einhergehenden ultralinken innenpolitischen Kurses Stalins mäßigend auf die Komintern.

Die Begründung für die Kurskorrektur mußte fragwürdig bleiben. Ging es doch wiederum nicht um eine an die Wurzel gehende Kritik der Grundlagen der stalinistischen Politik, sondern um kosmetische, dem taktischen Kalkül verpflichtete Retuschen.

49 Siehe [Beschluß des Pol-Büros des ZK der KPD vom 14. Februar 1930]. In: SAPMO. RY 1/I 2/3/10.

50 Ebenda.

51 Siehe Protokoll der Tagung des Erweiterten Präsidiums des EKKI vom 18.–28. Februar 1930. In: SAPMO. RY 5/I 6/3/30.



## IX.

### *Der desorientierte Antifaschismus Die KPD auf der Suche nach dem Hauptfeind*

KPD und Komintern konnten nicht unberührt bleiben von dem rasanten Aufstieg der NSDAP 1930. Bereits im Januar 1930 nahm das Pol-Büro des ZK der KPD in einer Resolution zum Faschismus Stellung. Der Eintritt der NSDAP in die erste Landtagsregierung (Thüringen, Frick) wurde als Alarmsignal begriffen. Dennoch blieb dieser Kampf, so das Zentralorgan der KPD, »Die Rote Fahne«, »undenkbar ohne den schärfsten Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei, ihre Führerschaft, die eine entscheidende Waffe der Faschisierung darstellt«. <sup>52</sup>

Obwohl die deutschen Kommunisten sich in den praktischen Tageskämpfen immer stärker als antifaschistische Kraft profilierten, blieb ihr Antifaschismus unscharf, weil ihr Faschismusvorwurf faktisch gegen alle politischen Gegner und Konkurrenten gerichtet war. Die Gefahr des Faschismus, von den anderen nichtfaschistischen Kräften eher unterschätzt, wurde von der KPD erkannt. Und zweifellos muß anerkannt werden, daß ihre zeitgenössische Analyse, die nicht über die Erfahrungen der Späteren verfügen konnte, nicht nur in der NSDAP diese Gefahr focussieren konnte. Der Ansatz der KPD, die Weimarer Republik in einem permanenten Prozeß der Faschisierung zu sehen und nahezu alle anderen politischen Kräfte als Faktoren bei der »Durchführung des Faschismus« zu begreifen, mußte jedoch in die Irre führen.

Der Übergang zur Notverordnungs politik im Juli 1930 auf Grundlage des Artikels 48 der Reichsverfassung wurde so folgerichtig als weiterer großer Schritt zur Faschisierung begriffen. Gleichzeitig verstärkte die KPD ihre Massenaktionen gegen die NSDAP. In den Gremien der Komintern, insbesondere im Mitteleuropäischen Ländersekretariat, war schon Anfang 1930 die Idee entwickelt worden, in einem Manifest des ZK der KPD die wichtigsten Forderungen und Ziele der Kommunisten in massenwirksamer Form zusammenzufassen. Einer solchen programmatischen Erklärung kam in mehrfacher Hinsicht beträchtliche Bedeutung zu. Zum einen drängte die zunehmende innenpolitische Konfrontation zu einer massenwirksamen Profilbestimmung. Die Reichstagswahlen im September erforderten

52 »Die Rote Fahne«, Berlin vom 15. Juni 1930 (Nr. 137).

eine solche Positionsbestimmung. Zum anderen verfügte die KPD seit dem Spartakusprogramm von 1918 über kein programmatisches Dokument. Weder der Programmentwurf von 1922 noch der Entwurf des Aktionsprogramms von 1928 waren zu Ende geführt worden.

Das Politsekretariat des EKKI übermittelte dem ZK der KPD am 23. Juli 1930 den Entwurf einer Deklaration, der in den wesentlichen Passagen mit der »Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes« vom 24. August 1930 identisch war.<sup>53</sup> Ein Vergleich beider Dokumente verweist jedoch auf interessante Details. Bei weitgehender Übernahme des Textes der Exekutive finden sich einige wenige Abweichungen. Sie alle verschärfen die Fassung des EKKI. So ist in der endgültigen Fassung hinzugefügt worden: »Nur der Hammer der proletarischen Diktatur kann die Ketten des Young-Planes und der nationalen Unterdrückung zerschlagen. Nur die soziale Revolution der Arbeiterklasse kann die nationale Frage Deutschlands lösen.« Und in die abschließenden Losungen der Programmerklärung war eingefügt worden: »Nieder mit Faschismus und Sozialdemokratie!« Die Losung: »Es lebe Rätedeutschland!« der Programmerklärung war in der endgültigen Fassung rückübersetzt worden in: »Es lebe Sowjetdeutschland!«<sup>54</sup> Die Tendenz, Moskau »links« zu überholen, erwies sich auch hier als eine in Betracht zu ziehende Variante. Es ist sicher nicht allzu spekulativ, den selbsternannten »Bolschewik« Heinz Neumann als »Verbesserer« des Entwurfes zu vermuten. Die seit Ossip K. Flechthelm durch die Literatur geisternde Vermutung, Heinz Neumann sei der Verfasser der Programmerklärung,<sup>55</sup> muß aber als widerlegt gelten. Die Programmerklärung erfüllte nicht die an sie gestellten hohen Erwartungen. Durch sie wurde nicht die Aufgabe gelöst, die in den Debatten der zurückliegenden Jahre artikuliert worden war. Die programmatische Fixierung auf Sowjetdeutschland und die Diktatur des Proletariats vermochte zwar die traditionelle Klientel zu erreichen, Vorstöße in Kreise der städtischen Mittelschichten und der Landbevölkerung waren damit wenig wahrscheinlich. Auch die sozialdemokratisch beeinflusste Arbeiterschaft erwies sich diesen Losungen gegenüber überwiegend als resistent.

53 *Siehe Entwurf einer Deklaration zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. In: SAPMO. RY 5/1 6/3/213.*

54 *Programmerklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes, 24. August 1930. In: Dokumente zur Geschichte der SED. Bd. 1: 1847 bis 1945. Berlin 1981. S. 246–255.*

55 *Siehe Ossip K. Flechthelm: Die KPD in der Weimarer Republik. Frankfurt am Main 1969. S. 275.*

Die Betonung der nationalen Komponente war ebenfalls nicht unproblematisch. Wenn wahltaktische Manöver, wenn der Versuch, der NSDAP dieses Terrain streitig zu machen, beiseite gelassen werden, stellt sich sachlich die Frage nach der Substanz der »nationalen Frage« für Deutschland. Im Gefolge des Versailler Vertrages gab es zweifellos eine Vielzahl komplizierter politischer wie wirtschaftlicher Probleme und Situationen, die auch die werktätigen Massen berührten. Eine nationale Frage, die die nationale Existenz des deutschen Volkes bedrohte, gab es aber wohl nicht. Die »nationale Befreiung« war keine Forderung, für die unter den Bedingungen der frühen dreißiger Jahre eine kommunistische Partei in Deutschland authentische Politik betreiben konnte. Die KPD versuchte offenbar, Massenstimmungen aufzugreifen und damit der NSDAP Zulauf abzugraben.

Es gelang wohl mit dieser Propaganda ein relativer Fortschritt; eine grundlegende Wende vermochte die KPD jedoch nicht zu erreichen. Der erdrutschartige Sieg der NSDAP machte allerdings die Verschiebung der Anteile der anderen Parteien bedeutungslos. Die Wahlen vom 14. September 1930 veränderten die Parteienlandschaft in Deutschland. Die NSDAP war von der (fast) Bedeutungslosigkeit von 2,6 Prozent des Jahres 1928 auf 18,2 Prozent emporgeschneit und nach der SPD (24,5 Prozent) zur zweitstärksten Partei geworden. Die KPD hatte mit 13,1 Prozent (1928: 10,6) deutlich hinzugewonnen.

Die KPD zog jedoch nicht die Schlußfolgerung, alles zu tun, um die Front gegen den Hitlerfaschismus zu schmieden. Unter dem Eindruck sich zuspitzender Wirtschaftskämpfe fehlinterpretierten maßgebliche Kreise in der KPD-Führung die Wahlergebnisse. Während Hermann Remmele den Zuwachs der KPD als Wahlsieg feierte, die Stimmen von KPD und NSDAP als Protest gegen die Notverordnungs politik aufaddierte und damit die faschistische Hauptgefahr kleinredete, benannte August Thalheimer im Organ der KPD(O) die entscheidenden Zusammenhänge: Der Zuwachs der KPD entsprach nicht den Verlusten der SPD. Die Arbeiterparteien hatten gemeinsam an Stimmen verloren.<sup>56</sup>

Während Remmele kommunistische und rechtskonservative und faschistische Stimmen als Proteststimmen gegen die herrschende Politik zusammenzählte, verwies Thalheimer darauf, daß NSDAP und DNVP gemeinsam erstmals als stärkster Block aus den Wahlen hervorgegangen waren. Mit dieser Entwicklung begann sich ein Kräfte-

<sup>56</sup> Siehe August Thalheimer: *Der Aufschwung der faschistischen Konterrevolution. In: »Gegen den Strom«. Organ der KPD(Opposition). Berlin vom 20. September 1930 (Nr. 38). S. 561.*

verhältnis abzuzeichnen, das am Ende der Weimarer Republik die Arbeiterparteien paralisieren sollte.

Die KPD reagierte auf die sich verschärfende Notverordnungs- politik mit zunehmendem Aktionismus. Dazu trug bei, daß sich seit Ende 1930 in der kommunistischen Bewegung die Tendenz verstärkte, die Brüning-Regierung in unterschiedlicher Akzentuierung als faschistisch, halbfaschistisch oder als Frühphase einer faschistischen Diktatur zu begreifen. Damit wurde ein eher konservativer politischer Gegner unzutreffend als faschistisch denunziert und die Sozialdemokratie als Bestandteil bei der Errichtung dieser Diktatur fehlge- deutet.

Die KPD manövrierte sich zunehmend in eine Pattsituation hinein. Indem die von der Sozialdemokratie unterstützte Regierung unter Heinrich Brüning zum Hauptfaktor der Faschisierung erklärt wurde, geriet der tatsächliche Hauptfeind aus dem Visier. Im Februar 1931 beschäftigte sich das Mitteleuropäische Ländersekretariat der Exekutive der Komintern mit der Analyse von National- und Sozialfaschismus. Die Begrenztheit der Sichtweise verdeutlichte sich schon in den Ausgangsthesen. Diese waren: Die Faschisierung der bürgerlichen Herrschaftsformen sei gesetzmäßig; zu differenzieren wäre zwischen verschiedenen, historisch bedingten Varianten der Faschisierung; der Nationalfaschismus bediene sich unmittelbar diktatorischer Formen unter Ausschaltung der parlamentarischen Demokratie; der Sozialfaschismus wäre die gesetzmäßige Entwicklungsform der Sozialdemokratie in der Niedergangsperiode des Kapitalismus; sie bediene sich der demokratisch-parlamentarischen Methoden; die Bourgeoisie nutze die Flügel des Faschismus je nach gegebener Situation zur Ruhigstellung der Massen. Wilhelm Pieck brachte sein Verständnis von National- und Sozialfaschismus in das falsche Bild von zwei von »der Bourgeoisie« geführten »Truppenteilen«, »die die Aufgabe haben, den Massenanhang irrezuführen, zu betrügen, damit sie sich zu diesem Zweck gebrauchen lassen, die Bourgeoisie vor der Revolution zu schützen. So führt sie auf der einen Seite den Truppenteil des Sozialfaschismus gegen die revolutionäre Front und auf der anderen Seite Truppenteile des Faschismus gegen die revolutionäre Front. Sie manövriert mit diesen Truppenteilen, einmal stösst sie mehr mit dem einem, einmal mehr mit dem anderen vor, je nachdem es die Situation erfordert.«<sup>57</sup>

57 [Protokoll der Beratung des Mitteleuropäischen Ländersekretariats des EKKI vom 22. Februar 1931]. In: SAPMO. RY 5/1 6/3/391.

Eine solche vulgärmaterialistische Betrachtungsweise blieb völlig abgekoppelt vom erreichten Stand der Faschismusdebatte dieser Zeit. Es wurde zunehmend Merkmal der Erörterung des Faschismus im Parteikommunismus dieser Zeit, daß er sich vom internationalen Diskurs der Linken, selbst von dem sich dezidiert als marxistisch definierenden, abkoppelte. Wenngleich die KPD im Verlauf der folgenden Monate bis zum Ende der Weimarer Republik noch zahlreiche taktische Wendungen vollzog und die Akzente in der Auseinandersetzung mit Sozial- und Nationalfaschismus insbesondere 1932 stärker auf den tatsächlichen Faschismus verlagert wurden, blieb sie diesem katastrophal falschen Faschismusverständnis verhaftet.

Nicht zuletzt diese Unfähigkeit, im Faschismus die völlig neue Qualität der Reaktion zu begreifen, gegen die ein Konsens mit allen antifaschistischen Kräften dringend geboten war, machte bei allem Heroismus im antifaschistischen Ringen der deutschen Kommunisten das Versagen von KPD und Komintern im Kampf mit dem Faschismus aus.

## X.

### *Der rot-braune Volksentscheid Die KPD 1931: Zwischen Massenpolitik und Selbstdemontage*

Die KPD-Führung versuchte im Verlauf des Jahres 1931, ihren politischen Kurs genauer an den praktischen Anforderungen der Wirklichkeit auszurichten. Auch die sowjetische Führung warnte vor der Unterschätzung des Hitlerfaschismus. Die Debatten zeigten jedoch ein widersprüchliches Bild. Zum Springpunkt wurde die Haltung der KPD zur konservativen Reichsregierung unter Brüning einerseits und zur sozialdemokratischen Braun-Severing-Regierung Preußens andererseits.

So warnte Ernst Thälmann davor, die preußische Regierung Braun-Severing als das »kleinere Übel« gegenüber dem Brüning-Kabinett anzusehen.<sup>58</sup> Die innere Widersprüchlichkeit bestand darin, daß die rasche Diskreditierung der Sozialdemokratie als der Weg begriffen wurde, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern. Die tägliche Einlassung in das Ringen um demokratische und soziale Rechte als der einzigen dauerhaften Legitimation einer linken Partei wurde jedoch ob der Gefahr der unzureichenden Abgrenzung von der Sozialdemokratie argwöhnisch beobachtet. Der vorsichtige Versuch von Joseph Winternitz, die Stellung zur bürgerlichen Demokratie zu überdenken, stieß auf Widerspruch. Die abstrakte These – so Winternitz –, daß zwischen bürgerlicher Demokratie und faschistischer Diktatur kein Unterschied bestehe, schwäche die Mobilisierung der Massen gegen die faschistische Gefahr.<sup>59</sup>

Hermann Remmele stellte solchen differenzierenden Betrachtungen das Diktum entgegen, daß jede Gegenüberstellung von bürgerlicher Demokratie und Faschismus zurückzuweisen sei. Die bürgerliche Demokratie sei deshalb gefährlich, weil sie Illusionen erzeuge, während der Faschismus als ungeschminkte Diktatur die Arbeiter in Bewegung bringe.<sup>60</sup> Von hier aus war es nicht mehr weit zu der Auf-

<sup>58</sup> *Siehe Vorwärts unter dem Banner der Komintern. Rede des Genossen Thälmann auf der Tagung des ZK der KPD am 14. Mai 1931. Hrsg. vom ZK der KPD o. O. [Berlin] o. J. [1931]. S. 15.*

<sup>59</sup> *Siehe Protokoll der Tagung des ZK der KPD vom 14. und 15. Mai 1931. In: SAPMO. RY 5/1 2/1/80.*

<sup>60</sup> *Siehe ebenda.*

fassung, den Faschismus als Durchgangsstadium zur Revolutionierung der Massen für wünschenswert zu halten. Zur gleichen Zeit bemühte sich die KPD-Führung, alternative Teilziele im Kampf gegen die ruinöse Wirtschaftspolitik des Brüning-Regimes und gegen den Faschismus zu entwickeln. Ernst Thälmann informierte das Zentralkomitee, daß das Politbüro auf seiner letzten Sitzung über konkrete Losungen für Teilkämpfe gegen das Sparprogramm der Regierung beraten habe.<sup>61</sup> Diese »Volksaktion für Arbeit, Brot, Boden und Freiheit« wurde in den folgenden Wochen mit einem Bauernhilfsprogramm und einem Arbeitsbeschaffungsplan umgesetzt. Im Unterschied zur Programmklärung von 1930 versuchte die KPD hier ihre Forderungen auf die unmittelbare Linderung des Massenelends auszurichten und ihre Realisierung nicht unvermittelt an den revolutionären Systemwechsel zu koppeln.

Fast schien auf diesem Wege auch eine Annäherung der beiden Flügel der Arbeiterbewegung möglich zu sein. Vertraten doch ADGB und Afa-Bund ähnliche Forderungen zur Änderung der Wirtschaftspolitik. Auch in der SPD verstärkten sich die Stimmen derer, die nicht mehr an die »Selbsteilungskräfte« des Kapitalismus glaubten und den offiziösen Konzepten vom »organisierten Kapitalismus« mißtrauten. Doch im Sommer 1931 änderten sich erneut dramatisch die Rahmenbedingungen der Klassenauseinandersetzungen, was zu einer erneuten Kurskorrektur der KPD führte, die verheerende Folgen hatte.

In den Monaten Juni und Juli 1931 stürzte mit der Bankenkrise die deutsche Wirtschaft in ein neues, das zweite, gefährlichere Tief der Wirtschaftskrise. In den USA setzte im August eine wirtschaftliche Talfahrt ein. Eine Welle von Bankenzusammenbrüchen bahnte sich an. Großbritannien ging im September vom Goldstandard ab. Diesem Beispiel folgten insgesamt 25 Staaten.

Die Finanzkrise im Sommer 1931 leitete eine beispiellose Talfahrt der deutschen Wirtschaft ein. Was sich aus dem historischen Rückblick bereits seit dem Herbst 1929 als Eintritt in eine globale Wirtschaftskrise abzeichnete, gewann für die zeitgenössischen Analytiker erst mit dem Absturz der Weltwirtschaft im Sommer und Herbst 1931 endgültig Ausmaß und Konturen einer Weltwirtschaftskrise. Für KPD und Komintern erschien diese Entwicklung folgerichtig als weiterer Beweis für eine neue Qualität der Verknüpfung von allge-

<sup>61</sup> Siehe *Vorwärts unter dem Banner der Komintern. Rede des Genossen Thälmann auf der Tagung des ZK der KPD am 14. Mai 1931. Hrsg. vom ZK der KPD o. O. [Berlin] o. J. [1931]. S. 15.*

meiner und zyklischer Krise, aus der als einziger Ausweg die revolutionäre Alternative gesehen wurde.

Als entscheidendes Hemmnis für die Revolutionierung der Massen wurde wiederum die Sozialdemokratie und insbesondere ihr linker Flügel begriffen. Die KPD verfolgte mit größter Aufmerksamkeit die sich in der SPD abzeichnende Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Flügeln verfolgt. In Verbindung mit der Eskalation der Wirtschafts- und Finanzkrise wuchs die illusionäre Hoffnung, die Sozialdemokratie im Masseneinfluß unter dem Proletariat zu überflügeln und letztlich zerschlagen zu können.

An dieser Problematik entzündeten sich die seit dem Frühsommer 1931 schwelenden Gegensätze zwischen Ernst Thälmann und Heinz Neumann, Hermann Remmele und anderen Mitgliedern der Parteiführung. Es handelte sich bei diesen Differenzen weniger um grundsätzliche Unterschiede zwischen einem realistischen und einem sektiererischen Kurs, wie die Geschichtsschreibung der SED glauben machen wollte, als um taktische Differenzen innerhalb einer strategischen Linie, die durch machtpolitische Querelen verstärkt wurden. Dabei war die Positionierung im Moskauer Politpoker entscheidend. Zur Nagelprobe bei der Beantwortung der Frage, ob die KPD noch willens und in der Lage war, eine eigenständige, an den Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland orientierte Politik zu betreiben, wurde im Sommer 1931 die Haltung der KPD zum vom »Stahlhelm« und den faschistischen und Rechtsparteien herbeigeführten Volksentscheid über die Auflösung des preußischen Landtages und die damit verbundene Ablösung der sozialdemokratischen Landesregierung.

Die KPD hatte im Frühjahr 1931 dem Volksbegehren, das dem Volksentscheid vorgeschaltet war, ablehnend gegenübergestanden und auch noch im Juni/Juli eine Beteiligung am Volksentscheid zurückgewiesen. Im Juli 1931 spitzte sich jedoch die Auseinandersetzung um diese Frage zu. Nachdem das Pol-Büro Mitte Juli erneut die ablehnende Haltung bekräftigt hatte, signalisierten Heinz Neumann und Hermann Remmele in einem Brief vom 15. Juli an das Politische Sekretariat der Exekutive der Komintern eine bevorstehende Kursänderung der Partei. Die Komintern reagierte prompt zustimmend auf diesen Brief und forderte die Beteiligung am Volksentscheid. Nachdem der Führung der KPD der Standpunkt der Komintern bekanntgeworden war, revidierte sie ihre bisherige Position.

Während in der SED-Geschichtsschreibung ein krasser Gegensatz zwischen der Linie Ernst Thälmanns und dem Kurs Heinz Neumanns



und Hermann Remmeles behauptet wurde und die Beteiligung der KPD am Volksentscheid als Resultat einer Intrige erscheinen sollte, betonte die westliche Forschung vor allem die Fremdsteuerung der KPD durch Moskau. Gegen beide Positionen ist geltend zu machen, daß zum einen die Gegensätze innerhalb der Parteiführung der KPD überhöht wurden, zum anderen, daß das Eigengewicht der Politikentwicklung in der KPD unterschätzt wurde.

Der Briefwechsel des Vertreters der KPD bei der Exekutive der Komintern, Wilhelm Pieck, mit der Parteiführung gibt über die Entscheidungsfindungsprozesse jener Tage einigen Aufschluß.<sup>62</sup> Ernst Thälmann erklärte in eklatanter Fehleinschätzung, »daß gerade die Aktion der Partei für den Volksentscheid ein gutes Mittel sei, um die innerhalb der SPD miteinander ringenden Gruppen stärker zu differenzieren«. Und das Pol-Büro prognostizierte, »daß die KPD im Begriff steht, [...] einen Einbruch von größerem Ausmaß in die Sozialdemokratie [...] zu vollziehen. Verläuft diese Entwicklung weiter günstig, so dürfte mit einer außerordentlichen Schwächung der Sozialdemokratie und mit ihrer Überholung durch die KPD hinsichtlich ihrer Einflußstärke unter den Massen im gesamtdeutschen Maßstabe in absehbarer Zeit gerechnet werden.«<sup>63</sup>

Dieser frappierende Wirklichkeitsverlust ließ sich auch durch das Scheitern des Volksentscheides, den man in der kommunistischen Sprachregelung zum »roten Volksentscheid« umwidmete, nicht beirren. Die nicht zu schönende gemeinsame Frontlinie der Kommunisten mit dem Rechtsblock schränkte für die KPD die Möglichkeit stark ein, die durch ihre antifaschistische Politik entstandenen realistischen Ansätze für ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten zu nutzen. Nicht zuletzt der »rote Volksentscheid« war für einen Teil der linken sozialdemokratischen Opposition Grund genug, sich nach dem Ausschluß aus der SPD für die SAP und damit für eine weitere Zersplitterung der Linken zu entscheiden. Die Komintern dagegen feierte in einer Resolution des Politischen Sekretariats der Exekutive die Beteiligung der KPD am Volksentscheid vom 16. September 1931. Wichtigstes Resultat sei die Gewinnung der politischen Hegemonie durch die KPD gewesen. »Das Ergebnis des Volksentscheids zeigt, daß die KPD es verstanden hat, den parlamentarischen Illusionen

62 Siehe die Briefe Wilhelm Piecks vom 20. und vom 29. Juli 1931. In: SAPMO. RY 5/1 6/10/17.

63 [Protokoll der Tagung des ZK der KPD vom 22. Juli 1931]. In: SAPMO. RY 5/1 6/3/371.

in der Arbeiterklasse, die von der SPD genährt und ausgeschlachtet werden, einen ernstlichen Schlag zu versetzen.«<sup>64</sup>

Im Gegensatz zu dieser zeitgenössischen Wertung ist aus dem historischen Abstand und mit dem Wissen um den weiteren Verlauf der Entwicklung zu betonen, daß mit der Entscheidung der KPD/Komintern für die Beteiligung am Volksentscheid eine historische Chance verschenkt wurde, die Linke in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus wirksamer zusammenzuführen. Der Graben zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten wurde tiefer. Wie immer intendierte kommunistische Angebote zu gemeinsamen antifaschistischen Aktionen waren künftig belastet mit der fortwirkenden Fehlentscheidung für den Volksentscheid.

Das Organ der KPD(Opposition) »Gegen den Strom« erwies sich ein weiteres Mal als Stimme unabhängiger kommunistischer Politik, wenn es das Ergebnis des Volksentscheides als schmählische Niederlage der kommunistischen Bewegung im Ergebnis einer »falschen, opportunistischen Taktik« kennzeichnete.<sup>65</sup>

Clara Zetkin, das zeigen ihre Briefe, litt schwer unter dieser Politik. »Ein ›Manöver‹ nach der Art des Volksentscheid«, so schrieb sie schon am 13. August 1931 an eine Freundin, mußte, so wie es durchgeführt wurde, zur gesteigerten und »verbitterte[n] Spaltung und Verwirrung in der Arbeiterklasse und in der Partei selbst [führen]. Das um so mehr, als die ›historisch gewordene Führung‹ (Ernst Thälmanns – der Verfasser) durch die Losung der ›nationalen und sozialen Befreiung‹ die Grenzlinien zwischen uns und den Nazis verwischt hat.«<sup>66</sup>

Die sektiererische und unrealistische Politik der KPD in diesen Monaten behinderte immer spürbarer den Willen breiter Kreise der organisierten Arbeiterschaft, den gemeinsamen Kampf der Arbeiterparteien gegen die Rechtsentwicklung einzufordern.

64 Resolution des Politischen Sekretariats der Exekutive der Komintern vom 16. September 19231. In: SAPMO. RY 5/1 6/3/221.

65 Siehe Nach dem Volksentscheid. In: »Gegen den Strom«. Organ der KPD(Opposition). Berlin vom 15. August 1931 (Nr. 17). S. 189.

66 Zit. nach Tânia Ünlüdag: Die Tragödie einer Kämpferin für die Arbeiterbewegung? – Clara Zetkin 1928–1931. Eine ausgewählte Dokumentation. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin 33(1997)3. S. 350.

## XI.

### *Den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie Die »ideologische Offensive« ins Abseits*

Im Herbst 1931 mehrten sich in KPD und Komintern die Stimmen, die dem sektiererischen Kurs in der Gewerkschafts- und Einheitsfrontpolitik gegensteuern wollten. So wurde die Orientierung auf die weitere Bildung eigenständiger »roter« Gewerkschaftsverbände in Frage gestellt. In die gleiche Richtung zielte auch der Beschluß des Zentralkomitees vom 10. November 1931 gegen den individuellen Terror. Mit diesem Beschluß, so erklärte Rudolf Breitscheid, sei eines der Hindernisse zwischen den Arbeiterparteien gefallen. Letztlich blieben diese Schritte jedoch Stückwerk, da sie in ein strategisches Konzept eingebunden blieben, das die Machtergreifung der Nazis mit der eigenen, der Errichtung von Sowjetdeutschland, verhindern wollte.

Die Sozialdemokratie war nach diesem Verständnis das Haupthindernis, das auf dem Wege zur Diktatur des Proletariats zu überwinden war. Innerhalb dieses Grundrasters schwankte die Politik der KPD zwischen der Akzentuierung auf die Auseinandersetzung mit NSDAP oder SPD.

Es gelang der KPD vor allem nicht, Selbstverständnis und Identität in Verzicht auf das Feindbild Sozialdemokratie auszuprägen. Die Versuche, ein solches Selbstverständnis als kommunistischer oder sozialistischer Partei links von der SPD zu gewinnen, waren seit 1919 immer wieder gescheitert. Ihre Protagonisten wurden aus der Partei oder an ihren Rand gedrängt. Die KPD(O) und seit 1931 die SAP hatten zudem diesen Platz besetzt und wurden von der KPD mit besonderer Intoleranz und Härte bekämpft. Die Hoffnungen, einen nennenswerten Teil der sozialdemokratischen Mitgliedschaft für den Kommunismus zu gewinnen, waren aber auch nicht zuletzt wegen der sektiererischen Politik der KPD gescheitert. Wesentlich war jedoch, daß es in der KPD in keiner Phase grundsätzlich und dauerhaft gelang, ein Verständnis von der Sozialdemokratie zu gewinnen, das diese als unverzichtbaren Faktor der deutschen und internationalen Politik und Arbeiterbewegung begriff, zu dem die kommunistische Bewegung ein Verhältnis in kritischer Distanz oder auch Konkurrenz, nicht aber in Feindschaft finden mußte. Die Zielstellung, den Masseneinfluß der Sozialdemokratie zu zerschlagen, erwies sich –

zumindest für Deutschland – je länger desto mehr nicht nur als unrealistisch, sondern als grundsätzlich falsch.

Im Herbst 1931 bündelten sich erneut solche Faktoren, die einen verschärften Kurs gegen die Sozialdemokratie beförderten. Das Mitteleuropäische Ländersekretariat der Exekutive der Komintern beriet so am 6. Oktober 1931 gesondert über die »Spaltung der deutschen Sozialdemokratie«. <sup>67</sup> Dabei interessierte in diesen Beratungen nicht die Möglichkeit politischer Zusammenarbeit, sondern vor allem die Frage, ob die SAP mit den »Brandlerianern« zusammengehen und so die Rolle eines Schutzwalls vor dem Übergang sozialdemokratischer Mitglieder massen zur KPD spielen würde, oder ob es gelänge, über die »Seydewitz-Gruppe« einen Erdrutsch zugunsten der KPD herbeizuführen. Wilhelm Pieck knüpfte an die Abspaltung selbst für *den* Fall Hoffnungen, wenn sich daraus kein unmittelbarer Zugewinn für die KPD ergäbe. Es sei mit einer Tradition der Arbeiterschaft gebrochen worden. Nach dem Bruch mit dieser Tradition der Einheit der Arbeiterbewegung würde es für die kommunistische Partei leichter sein, größere Teile der Sozialdemokratie für sich zu gewinnen. In der Diskussion wurde noch eine weitere Frontstellung gegen die Linken in der Sozialdemokratie aufgebaut: »Unsere Partei hat einen gewissen Tempoverlust, eine Schwankung bei der Entlarvung dieser Manöver (der linken Sozialdemokratie – der Verfasser), die hier korrigiert werden.« Es würde sich jetzt rächen, daß man mit diesen Leuten verhandelt hat. Das wirke sich jetzt aus. Jetzt sei die wichtigste Frage die Gewerkschaftsarbeit und die Anwendung der Einheitstaktik mit dem Ziel, in den reformistischen Organisationen »organisierte Zersetzungsbearbeitung« zu leisten »und ganze Gruppen zu uns zu überführen«. Eine »Einheitsfrontpolitik« in diesem Sinne erfordere folgerichtig die »Stärkung unserer theoretischen Grundlage in der Diskussion mit dem Zentrismus«. <sup>68</sup>

In einer »ideologischen Offensive« wurde um die Jahreswende 1931/1932 eine Kampagne zur Disziplinierung an der »theoretischen Front« losgetreten. In ihrem Kern richtete sich die Kritik gegen die Tendenz, die »Generallinie« im Sinne von Übergangslösungen, von Stadien im Heranreifen der proletarischen Revolution zu differenzieren. Solche Auffassungen, von Thälmann selbst noch Anfang 1931 verfochten, paßten Ende 1931 nicht mehr ins Konzept der Komintern. Thälmann kritisierte scharf »Verirrungen« wie Einheitsfrontan-

<sup>67</sup> [Protokoll der Beratung des Mitteleuropäischen Sekretariats des EKKI vom 6. Oktober 1931]. In: SAPMO. RY 5/1 6/3/394.

<sup>68</sup> Ebenda.

gebote »von oben« durch Gliederungen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) an ADGB-Führungen und die Bildung von antifaschistischen Komitees mit »radikaldemokratischen Gruppen«. Ausgangspunkt der Kritik war die These von den zwei Methoden »des Finanzkapitals« zur Unterdrückung des Proletariats, die besagte, daß »die Bourgeoisie« je nachdem, welcher der beiden Faschisten größeren Masseneinfluß gewinnt, sich der NSDAP oder der SPD »bedient«. Aus dieser grob funktionalistischen, vulgärmaterialistischen Betrachtungsweise ergab sich die abenteuerliche Konsequenz, daß »die Faschisten [...] überhaupt *nur* geschlagen werden [können], wenn man die SPD« schlägt.<sup>69</sup> Dieser unbestimmt schlingernde Kurs, der mehr machtpolitischem Kalkül als nachvollziehbarer Politikentwicklung verpflichtet war, erhielt durch den später berühmt-berüchtigt werdenden Brief Stalins an die Zeitschrift »Proletarskaja Revoljucija«, der ebenfalls im November 1931 veröffentlicht wurde, einen weiteren Schub, der die Wendung gegen die Sozialdemokratie verstärkte. Der in erster Linie nach innen gerichtete Brief Stalins »Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus« wurde in der KPD zum Gegenstand einer Kampagne, die die sogenannte »ideologische Offensive« überlagerte und zum Teil dominierte. Stalin hatte in diesem Brief gegen angeblich trotzkistische Entstellungen in der Parteigeschichtsschreibung der WKP(B) polemisiert und dabei in grob verfälschender Weise Rosa Luxemburg sowie die deutschen Linken diffamiert und sie Lenin sowie den Bolschewiki gegenübergestellt. Das gab in der KPD jenen Kräften Auftrieb, die schon seit 1924/1925 im »Luxemburgismus« ein Grundübel des deutschen Kommunismus gesehen hatten. Zu ihnen zählte auch Heinz Neumann. Die latent schwelenden Machtkämpfe in der Führung der KPD waren stark geprägt von Atmosphäre und Klima der sich zuspitzenden Auseinandersetzung über den weiteren Weg der Sowjetunion, dem Versuch Stalins, seine Macht innerparteilich und damit auch in der Komintern endgültig zu zementieren.

In dieser Situation war es für den Machterhalt der führenden Gruppierung in der KPD höchst gefährlich, wenn, wie Pieck noch am selben Tage berichtete, in der Politischen Kommission der Exekutive am 27. Dezember 1931 festgestellt wurde, daß »gegenwärtig sich außerordentlich starke Rechtsgefahren in der Partei zeigen«, die sogar bis zur Kapitulation vor den sozialdemokratischen Einheitsfrontma-

69 Siehe Ernst Thälmann: *Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung*. In: *Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus*. Berlin 14(1931)11/12. S. 488f.

növern reichen würden.<sup>70</sup> Die Unterbezirkskonferenzen in Berlin hätten sich in ihren Resolutionen nur gegen die Nazis gewandt und in keiner Weise erwähnt, daß der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie geführt werden müsse, die die Wegbereiterin des Faschismus sei.

Im Ergebnis dieser Beratungen wandte sich die Politische Kommission der Exekutive in einem vertraulichen Brief an das Pol-Büro des ZK der KPD. Dieses Dokument kennzeichnet einen Höhepunkt des aberwitzigen Kurses der Komintern vor 1933. Die Komintern warf der Sozialdemokratie absurderweise deren Auseinandersetzung mit der Hitler-Partei sowie Einheitsfront»manöver« vor. Mit dem einen wolle die SPD die Arbeiter von ihrer Unterstützung der Durchführung der faschistischen Diktatur ablenken, mit dem anderen sei sie bestrebt, »die Herstellung der wirklichen Einheitsfront [...] unter der Führung der Kommunisten [...] zu hintertreiben«. Die Entlarvung dieser gefährlichen Manöver sei »die allerdringendste« Aufgabe der KPD.<sup>71</sup>

Die Gruppen der Seydewitz und Brandler, der Trotzlisten, Urbahns und anderer bildeten in dieser Sicht »die mächtigste Waffe der Sozialdemokratie im Kampf gegen die von der KPD organisierte rote Einheitsfront«. Die »rechte« Gefahr sei und bleibe deshalb die Hauptgefahr auch innerhalb der KPD. Diese Gefahr habe stark zugenommen.

Aktionen der Einheitsfront, bei denen Kommunisten sich auf Spitzenverhandlungen mit sozialdemokratischen Organisationen einließen, mehrere Fälle, »wo es der allerschuftigsten von den sozialdemokratischen Fraktionen – den Brandlerianern – gelungen ist, in der Rolle von Organisatoren der Einheit der Arbeiter aufzutreten, das allein genügt schon, um in der ganzen Partei Alarm zu schlagen und die ganze Partei auf die Beine zu bringen«. Der Brief Stalins müsse in dieser Situation als eine »Kampfwaffe gegen die opportunistischen, halbbrandleristischen und halbtrotzkistischen Einstellungen betrachtet werden«.<sup>72</sup>

Die KPD-Führung reagierte umgehend. Am 31. Dezember 1931 beschloß das Zentralkomitee im Dokument »Gegen die Duldung falscher Auffassungen an der theoretischen Front«, in dem sie mit der

70 Siehe [Wilhelm Pieck an das ZK der KPD vom 27. Dezember 1931]. In: SAPMO. RY 5/1 6/3/233.

71 Siehe [Vertraulicher Brief der Politischen Kommission der Exekutive der Komintern an das Polbüro des ZK der KPD, 28. Dezember 1931]. In: SAPMO. RY 5/1 6/3/233.

72 Ebenda.

Absetzung von Kraus (Winternitz) und Emel (Moisse Lurje), dem Leiter und stellvertretenden Leiter der Abteilung Propaganda des Zentralkomitees, dem Politsekretariat der Exekutive und der Parteiöffentlichkeit Vollzug meldete.

Die Initiative zielte in ihrem Kern auf die Sicherung und den Ausbau der Positionen der Führungsgruppe um Ernst Thälmann durch einen Kurs, der sich in keiner Weise im Maße der Übereinstimmung zur Linie der Komintern-Führung und Stalins übertreffen ließ. Gleichzeitig wurde die Kampagne genutzt, um durch personelle Veränderungen den Einfluß Heinz Neumanns und Hermann Remmeles zu reduzieren. Die Atmosphäre der erbittert, aber verdeckt geführten Fraktionsauseinandersetzungen vergiftete das Klima in der Führung der KPD. Mit der schrittweisen Durchsetzung stalinistischer Strukturen in der KPD waren diese Auseinandersetzungen jedoch in ihren inhaltlichen Gegensätzen nicht mehr hinreichend zu konturieren.

Es ist durch die Quellen nicht gedeckt, Neumann und Remmele als die sektiererischen Kräfte auszumachen, die einen angeblich realistischen Kurs der Kräfte um Thälmann behinderten. Die KPD war insgesamt seit Ende der zwanziger Jahre in ihrer damaligen Verfaßtheit strukturell erneuerungsunfähig geworden. Veränderungen waren nunmehr nur im Bruch mit dem vorherrschenden kommunistischen Parteimodell möglich. Die Hoffnung Clara Zetkins, daß die die KPD tragenden Arbeitermassen bei einer revolutionären Bewegung die Parteibürokraten hinwegfegen würden, trog. Die KPD wurde zunehmend zu einer Apparatpartei, deren Einfluß unter den sogenannten »Betriebsarbeitern« schwand.

Der Zuwachs an Mitgliederzahlen ging einher mit abnehmendem Einfluß. Diese zunehmende Isolation wurde durch die Politik der Führungen von KPD und Komintern Ende 1931/Anfang 1932 eher verstärkt denn abgebaut.

## XII.

### *Im Wettlauf um die Macht Illusion und Realität in der Politik der KPD am Ende der Weimarer Republik*

Das Jahr 1932, das sich als das Schicksalsjahr auf dem Weg in die braune Barbarei erweisen sollte, wurde von den handelnden politischen Kräften dieser Zeit in seiner weltgeschichtlichen Dramatik nur begrenzt erfaßt. Die Kommunisten begriffen die Zeichen der Zeit sehr selektiv. Wohl wurde die Gefahr des Faschismus erkannt. Bei ihrer präziseren politischen Verortung schlug die Politik der KPD jedoch nach wie vor aberwitzige Kapriolen.

Auf der Tagung des Zentralkomitees der KPD im Februar 1932 kam es zu vorsichtigen Korrekturen der bisherigen Analyse. Hatte Ernst Thälmann noch kurz zuvor in der Zentrumsparterie eine Hauptstütze des Faschisierungsprozesses gesehen, so ortete er nunmehr als Einpeitscher und Antreiber der faschistischen Politik den »klassenbewußteste[n] Teil in der Front der Bourgeoisie« um Hugenberg's DNVP, »gestützt durch die Massenbasis der Nationalsozialisten«.<sup>73</sup>

Unter den Bedingungen des verdeckten Machtkampfes der Mehrheit der Parteiführung und der Neumann-Remmele-Gruppe mußten solche vorsichtigen Kurskorrekturen zum Gegenstand der Auseinandersetzung werden.

Heinz Neumann nutzte so demagogisch den Umstand, daß L. D. Trotzki in seinen letzten Schriften den Hitlerfaschismus als Hauptgefahr für ganz Europa bezeichnet hatte. Unter Berufung auf das Stalinsche Diktum von der Notwendigkeit, den Hauptschlag gegen die Kompromißparteien zu führen, verketzerte er jede Sorge über das Anwachsen der NS-Bewegung als »konterrevolutionäre, trotzkistische« Position.<sup>74</sup> Hermann Remmele attackierte »opportunistische Schwankungen« in der Frage des Hauptstoßes gegen die Sozialdemokratie.<sup>75</sup> Der Standpunkt Thälmanns stellte den wohl in der Parteiführung mühsam und instabil ausgehandelten Kompromiß zwischen den divergierenden Positionen dar.

<sup>73</sup> Ernst Thälmann: *Der revolutionäre Ausweg und die KPD*. o. O. [Berlin] o. J. [1932]. S. 23f.

<sup>74</sup> Siehe [Protokoll der Tagung des ZK der KPD vom 20. bis 23. Februar 1932]. In: SAPMO. RY 5/1 2/1/82.

<sup>75</sup> Siehe ebenda. RY 5/1 2/1/83.



Doch auch Thälmann blieb innerhalb der Raster der »Generallinie« der Komintern-Politik. Er griff das bereits im Sommer 1930 geprägte Bild eines »Wettlauf[es] zwischen der Offensive der Bourgeoisie und ihrem faschistischen Kurs und unserem revolutionären Kurs« auf.<sup>76</sup> Noch immer führte aber der Weg zu diesem Ziel nur über die Zerschlagung des Masseneinflusses der SPD. Begriffe wie »Aktionseinheit« oder »Einheitsfront« wurden sinnentleert. Nicht Zusammenarbeit, sondern Aufgabe der eigenen Identität wurde den sozialdemokratischen Arbeitern abverlangt. Es war die Rede von einem »eigenartigen System der wechselseitigen Ausnutzung der Sozialdemokratie und der Hitlerpartei, wobei der Schwerpunkt nach wie vor bei der SPD als der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie liegt. Nichts wäre jedoch verhängnisvoller als eine opportunistische Überschätzung des Hitlerfaschismus.«<sup>77</sup> Die Resolution des Plenums bekräftigte die Strategie, »die – im Rahmen des Kampfes gegen die Bourgeoisie als Hauptfeind – ihren Hauptstoß in der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie lenkt«.<sup>78</sup>

Die KPD blieb auch auf dieser für die entscheidenden Monate des Jahres 1932 bedeutsamsten Tagung der Parteiführung in den Dogmen gefangen, nach denen sie die Welt aus dem Blickwinkel der Geschichte der Bolschewiki und der Oktoberrevolution betrachtete. Wäre das schon unzureichend für die Analyse der neuen weltgeschichtlichen Phänomene gewesen, so kam erschwerend hinzu, daß sie nicht den ganzen Reichtum dieser geschichtlichen Erfahrungen verarbeitete, sondern zunehmend nur das blutarme Substrat der Stalinschen Geschichtspolitik vorfand.

Die noch immer tiefe Kluft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten wurde im Frühjahr 1932 mit der Neuwahl des Reichspräsidenten noch schwerer überwindbar als vordem. Durch ihre Tolerierungspolitik hatte sich die SPD in eine Situation hineinmanövriert, in der sie ohne einen Bruch mit ihrer bisherigen Linie nur für das »kleinere Übel« Hindenburg votieren konnte, um das größere Übel Hitler zu verhindern.

Andere Optionen, die für sozialdemokratische und kommunistische wie auch für bürgerlich-liberale Wähler konsensfähig waren, wurden ausgeschlossen. Die Position der KPD lud allerdings zu sol-

76 Siehe Ernst Thälmann: *Der revolutionäre Ausweg und die KPD*. o. O. [Berlin] o. J. [1932]. S. 27.

77 Ebenda. S. 23f.

78 Ernst Thälmann: *Die Aufgaben der Partei in der Präsidentschafts- und Preußen-Wahlkampagne*. In: SAPMO RY 5/1 2/707/57 (Manuskriptdruck).

chen Überlegungen nicht eben ein. Die besonders später – mit dem Wissen um den historischen Verlauf – vielzitierte Losung der KPD »Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler; wer Hitler wählt, wählt den Krieg!« sollte sich zwar langfristig als richtig erweisen, kurzfristig bot sie aber in der Verbindung mit der von vornherein chancenlosen Kandidatur Ernst Thälmanns keine für die Wähler faßbare, reale Alternative.

Das Wahlergebnis vom 10. April, dem zweiten Wahlgang, wies aus, daß der Weg der KPD immer weiter in die politische Isolation führte. Der Rückgang der Wählerstimmen für Ernst Thälmann von 4,983 Millionen auf 3,71 Millionen im zweiten Wahlgang erwies ein weiteres Mal, daß kommunistische Politik, die sich in hohem Maße im Ringen mit der Sozialdemokratie um die Dominanz in der Arbeiterbewegung erschöpfte, nicht nur grundsätzlich falsch war, sondern auch auf Kosten der KPD selbst ging. Die verhängnisvolle Verknüpfung des Kampfes gegen den Faschismus mit dem Kampf gegen den Kapitalismus insgesamt, die Unfähigkeit der KPD-Führung, innerhalb der nichtproletarischen Klassen und Schichten zu differenzieren und die irrige Hoffnung, daß durch die »Verschärfung« des Kampfes gegen die Sozialdemokratie eine Mehrheit der von dieser beeinflussten Massen zum Übertritt zur KPD veranlaßt werden könnte, bildete seitens der KPD das Haupthindernis für einen wirklichen Durchbruch zur antifaschistischen Einheit.

Die Zuspitzung der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie hatte jedoch noch eine andere Seite. Sie wandte sich nicht nur nach außen, sondern wirkte auch als Disziplinierungsfaktor nach innen. Der Mechanismus des demokratischen Zentralismus, dem schon in seiner Anlage die Dominanz des Zentralismus über die Demokratie innewohnte, entledigte sich zunehmend seines Attributes. Das zweifellos höchst subjektive Bild Herbert Wehners von der KPD dieser Zeit dürfte dennoch der Wahrheit ziemlich nahe kommen: »Äußerlich betrachtet, war die KPD eine starke, kämpferische Partei, die ihre Kraft effektiv einzusetzen verstand. Im Inneren war sie ein Gefüge von Apparaten, eine Maschinerie, die wohl tauglich zur Durchführung von Beschlüssen, aber unfähig zur schöpferischen Meinungsbildung und Austragung von Auffassungsverschiedenheiten war. Die Parteikörperschaften waren in den dreißiger Jahren erstarrt und bestanden meist nur noch als Statisterie für die Sekretariate, die alle politischen und organisatorischen Fragen entschieden.«<sup>79</sup>

79 Herbert Wehner: *Zeugnis*. Hrsg. von Gerhard Jahn. Köln 1982. S. 50.

In den folgenden Wochen und Monaten durchlief die KPD dennoch einen Lernprozeß, der sie – ohne den notwendigen Bruch mit ihrer »Generallinie« zu vollziehen – zu einer partiellen Korrektur der Linie des Februarplenums führte. Die zunächst taktische, in der Folge immer stärker strategische Umorientierung auf eine überparteiliche antifaschistische Massenbewegung gipfelte in der »Antifaschistischen Aktion«, zu der die KPD Ende Mai 1932 aufrief. Dem war bereits im April ein Angebot der KPD vorausgegangen, nicht nur die Einheitsfront »von unten« anzustreben, sondern auch mit anderen Organisationen gemeinsam zu kämpfen. Damit wurden Schranken durchbrochen, die noch zwei Monate zuvor nur die Einheitsfront »von unten« für statthaft erklärt hatten. Vorstöße der KPD zu einer realen Verteidigung von Institutionen der Weimarer Republik, wie dem Angebot der Landtagsfraktion der KPD zu parlamentarischer Kooperation mit der SPD in Preußen oder das Einheitsfrontangebot gegen den Staatsstreich vom 20. Juli 1932 in Preußen, signalisierten die zunehmende Bereitschaft und Fähigkeit der KPD, auf die dramatische Rechtsentwicklung zu reagieren.

Da diese Politik jedoch nicht einherging mit einer Abkehr und kritischen Revision der bisherigen Linie und auch in den eigenen Reihen umstritten war, konnte sie nicht die notwendige Wirkung erzielen.

Wilhelm Pieck sah sich so als Vorsitzender der Preußischen Landtagsfraktion der KPD genötigt, sich gegen Vorwürfe seines Nachfolgers in der Funktion des Vertreters der KPD bei der Exekutive der Komintern in Moskau, Wilhelm Florin, zu verteidigen.<sup>80</sup> Dieser hatte sich von der Vorgehensweise der kommunistischen Landtagsfraktion distanziert, weil »das eigene Gesicht unserer Partei nicht genügend gewahrt worden« sei. Die auf Massenkämpfe orientierte Einheitsfront müsse sich, so forderte Florin, gegen die Sozialdemokratie richten.<sup>81</sup>

Die Haltung der KPD zur Weimarer Republik und zur Sozialdemokratie erfuhr, das zeigen die im Spätsommer 1932 geführten Debatten, trotz der realpolitischen Vorwärtsbewegung der KPD keine theoretische Klärung. Erreichte Fortschritte wurden immer wieder durch die sektiererisch-fundamentalistische Grundstimmung in der KPD und der Komintern eingeholt. Hatte sich die Partei im Mai 1932

<sup>80</sup> Siehe Wilhelm Pieck an Wilhelm Florin vom 4. August 1932. In: *Die Antifaschistische Aktion. Dokumente und Chronik*. Berlin 1965. S. 213–216.

<sup>81</sup> Siehe [Protokoll der Beratung des Mitteleuropäischen Ländersekretariats des EKKI vom 2. Juli 1932]. In: *SAPMO. RY 5/1 6/3/398*.

zu der Einsicht durchgerungen, daß die Arbeiterklasse bei einem Wechsel der Formen der bürgerlichen Herrschaft nicht Gewähr bei Fuß stehen dürfe,<sup>82</sup> so fiel Ernst Thälmann wenig später in das überkommene Denkmuster zurück, die KPD kämpfe nicht für die Weimarer Republik. Diese sei nicht vom Faschismus besiegt, meinte er 1932, sondern hätte im Faschismus »ihren krassesten, unverhülltesten Ausdruck gefunden«.<sup>83</sup>

Während sich in den Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten, den Schlägerkolonnen der SA und antifaschistischen Kräften immer häufiger eine antifaschistische Einheitsfront auf der Straße herausbildete, verließen KPD und Komintern im Spätsommer und Herbst 1932 wieder zunehmend bereits erreichte Positionen. Die XII. Tagung der Exekutive der Komintern verdeutlichte diesen erneuten Rückschritt.

Gegen »gewisse Schwankungen« in den eigenen Reihen wurden die traditionalistisch-linksfundamentalistischen Axiome der Komintern-Politik seit 1928 erneut festgezurr. Thälmann warnte vor »gefährlichen Illusionen in der Arbeiterklasse« aufgrund ihres Dranges nach antifaschistischer Einheit.<sup>84</sup> Und er holte das ultralinke Uraltargument von der KPD als der einzigen Arbeiterpartei hervor, das in seiner Konsequenz die Einheitsfront erübrigte. Es wurde vor einer Überschätzung der faschistischen Gefahr gewarnt und der Kampf gegen demokratische Illusionen gefordert.

Als sich im Oktober 1932 die III. Parteikonferenz der KPD konstituierte, waren wichtige Veränderungen in der innenpolitischen Konstellation zu analysieren. Die in Agonie liegende Weimarer Republik trat in ihr letztes Stadium ein. Angesichts der weiteren Zuspitzung der Situation suchte die KPD nach neuen Wegen, der faschistischen Gefahr zu begegnen. Es bildete sich die absurde Situation heraus, daß bei Beibehaltung der offiziellen Dogmen unter der Wucht der politischen Realität Schritte gegangen wurden, die diese Dogmen unterliefen. Fritz Selbmann berichtete auf der III. Parteikonferenz der KPD im Oktober 1932 über intensive Diskussionen im Parteibe-zirk Sachsen über die Möglichkeit von Listenverbindungen mit der SPD

82 Siehe *Nach drei Wahlen*. In: *Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus*. Berlin 15(1932)5. S. 214.

83 Ernst Thälmann: *Was will die Antifaschistische Aktion?* Berlin 1932. S. 8.

84 Siehe Ernst Thälmann: *Schlußwort auf dem XII. Plenum der Exekutive der Komintern*. In: *Die Kommunistische Internationale. Wochenschrift der Exekutive der Komintern*. Berlin (1932)17/18. S. 1307f.

bei den Kommunalwahlen.<sup>85</sup> Von Max Opitz wurde sogar das bisherige Verhältnis zur Weimarer Republik hinterfragt.<sup>86</sup>

Die dringend erforderliche grundlegende Erneuerung der Politik der KPD blieb allerdings auch auf dieser letzten großen Beratung der KPD vor dem Machtantritt Hitlers aus. Die strukturelle Unfähigkeit der KPD zu einer solchen Erneuerung hatte sich vertieft. Wohl konnte auf der Reichsparteikonferenz die Auseinandersetzung mit der Neumann-Remmele-Gruppierung abgeschlossen werden, ein Politikwechsel ging damit nicht einher.

Dennoch wuchs in diesen dramatischen Wochen der Einfluß der KPD weiter an. Die Partei war in ihrer praktischen Arbeit in den Städten und Gemeinden nahe an den Nöten der Massen. Das schlug sich in den Ergebnissen der Reichstagswahlen vom 6. November deutlich nieder. Die NSDAP verlor im Vergleich zum Juli 1932 über zwei Millionen Wähler. Auch die SPD mußte Einbußen hinnehmen. Die KPD mit fast sechs Millionen Stimmen gewann deutlich hinzu. Wichtiger war: Erstmals seit 1928 erhöhte sich wieder der Anteil der Arbeiterparteien am Gesamtergebnis gegenüber dem »rechten« Lager. Dennoch hielt das rechtsradikale Lager von NSDAP und DNVP auch weiter mit 41,7 gegen 37,4 Prozent einen deutlichen Vorsprung gegenüber den Arbeiterparteien. Es steht zu befürchten, daß in den Parteizentralen sowohl von SPD als auch von KPD eine solche Rechnung gar nicht angestellt wurde. Für die SPD war der Zuwachs der KPD Anlaß, Auseinandersetzung und Abgrenzung zu forcieren. Die KPD sah sich ihrem Ziel, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern, ein Stück näher.

Wie schon bei den vorangegangenen Wahlen lag die Hauptursache für den Erfolg der KPD darin, daß sie am konsequentesten und tatkräftigsten die Interessen der am meisten unter der Krise leidenden Teile des Volkes vertrat. Es wuchs die Zahl derjenigen, die die Revolutionsstrategie der KPD annahmen, die angesichts der drückenden und sich noch immer weiter steigenden Not nur noch in einer baldigen proletarischen Revolution die Lösung ihrer brennenden menschlichen Probleme sahen. Doch das war nicht die Mehrheit der Arbeiterklasse und schon gar nicht die Mehrheit der werktätigen Mittelschichten in Stadt und Land. Hier war bei der Masse die Furcht vor der kommunistischen »Enteignung« – nach dem, was man über die Sowjetunion gehört hatte – stärker als die Sorge um den sozialen

85 Siehe [Protokoll der III. Reichsparteikonferenz der KPD vom 15. bis 18. Oktober 1932]. In: SAPMO. RY 5/1 1/2/7.

86 Siehe ebenda.

Abstieg. Hier wirkten noch die Naziparolen von der »Brechung der Zinsknechtschaft« und der Bekämpfung des »raffenden Kapitals«.

Nach den Reichstagswahlen wandte sich das ZK der KPD mit einem Aufruf »An die Werktätigen in Stadt und Land! An die Arbeiterklasse Deutschlands!«<sup>87</sup> und warnte vor einer »weiteren Entfaltung der faschistischen Diktatur«.

Obwohl der Aufruf betonte, daß die Kommunisten allen die Hand reichen, daß sie die »Einheitsfrontaktion« wollen, »ohne Bedingungen, mit dem heißen Bemühen, die Kraft der Arbeiterklasse zu stärken, den Kampfwillen zu steigern, die Pläne des Faschismus zunichte zu machen«, nahm doch neben dem Kampf gegen die weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen der Kampf gegen SPD und Zentrum einen breiten Raum ein.

Die Sozialdemokratie verblieb auch in den letzten Wochen der Weimarer Republik in ihren legalistischen Illusionen befangen. Die Bildung der Schleicher-Regierung war ihr Anlaß zu erklären, daß es »für alle Zeit das geschichtliche Verdienst der Sozialdemokratie bleiben [werde], den deutschen Faschismus so lange von der Macht ferngehalten zu haben, bis sein Abstieg in der Volksgunst begann.«<sup>88</sup> Während die Führungen von SPD und ADGB bis über den 30. Januar 1933 hinaus in ihren Legalitätsvorstellungen befangen blieben, hielt die KPD an ihrem Weltrevolutionskonzept fest. Auch ihr Aktionismus konnte den Lauf der Entwicklung nicht mehr ändern. Die 130.000 Teilnehmer der Demonstration vom 25. Januar 1933 am Berliner Karl-Liebknecht-Haus taten wohl wirkungsvoll ihren antifaschistischen Widerstand kund, verhindern vermochten sie das Machtkartell zwischen den maßgeblichen Kräften der traditionellen Eliten und der Führung der NS-Bewegung nicht.

Es gehört zu den gutgepflegten Legenden linker Folklore zu behaupten, die Aktionseinheit der Arbeiterbewegung hätte den Faschismus verhindern können. Alle Daten sprechen dafür, daß dies schon rein numerisch angesichts der rechtskonservativen und faschistischen Dominanz nicht möglich war. Dennoch bleibt die Tatsache, daß die KPD trotz des heroischen Einsatzes Zehntausender ihrer Mitglieder im Kampf gegen den Faschismus nicht alles getan hatte, dieses Regime zu verhindern. Ihre fehlgeleitete Strategie, ihr Kampf an falschen Fronten schwächten die Schlagkraft und die Glaubwürdigkeit der Hitlergegner. Sie und die anderen antifaschistischen Kräfte

87 *An die Werktätigen in Stadt und Land! An die Arbeiterklasse Deutschlands!* [Flugblatt der KPD vom November 1932].

88 *An die Partei! In: »Vorwärts«*. Berlin vom 6. Dezember 1932 (Morgen-Ausgabe).

mußten ihre Irrtümer und ihre Unfähigkeit, einen demokratischen und antifaschistischen Konsens zu finden, mit bitteren Erfahrungen und großen Opfern bezahlen.

Revolutionarismus auf der einen, Legalismus auf der anderen Seite bewirkten einen Zustand der Selbstblockade und der Lähmung, in dem der Hitlerfaschismus ohne nennenswerten Widerstand an die Macht geschoben werden konnte.

Wenn auch die Frage nach den Erfolgchancen eines Generalstreiks gegen das Hitlerregime offenbleiben muß, so ist Willy Brandt zuzustimmen, daß die Zukunft Deutschlands und Europas anders ausgesehen hätte, »wenn die Nazis nicht nahezu kampflös das Feld hätten übernehmen können«. <sup>89</sup>

89 *Willy Brandt: Links und frei. Mein Weg 1930–1950. Hamburg 1982. S. 62.*





